

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2016-2017

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2016 bis August 2017
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2016
- Vorschau auf 2018

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 23. August 2017

Bestellnr.: 17-9-01

Bildquellen: Germanwatch, sofern nicht anders gekennzeichnet.

Porträtbilder der Mitarbeitenden und des Vorstands (sofern bei Redaktionsschluss vorliegend und Veröffentlichung erwünscht): Privat.

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/14226

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick.....	4
B	Die Basis unserer Arbeit	9
C	Unsere Arbeit	11
	Internationale Klimapolitik	11
	Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen	13
	Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne.....	14
	Internationale öffentliche Klimafinanzierung	16
	Wirksame und partizipative Partnerschaften für die Transformation	18
	Ausblick	20
	Deutsche und Europäische Klimapolitik	22
	Dekarbonisierung in Deutschland – sozial gerecht & an den Paris-Zielen orientiert	23
	EU-Klimapolitik als europäischer Integrationsanker.....	25
	Dekarbonisierungszusammenarbeit mit Mittelosteuropa	25
	Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa	26
	Koalitionen für eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Transformation	26
	Ausblick	27
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	29
	Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten	29
	Grundlegende Reform der Tierhaltung	30
	Globale Märkte stärker regulieren.....	30
	Ausblick	32
	Unternehmensverantwortung.....	33
	Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen.....	33
	Menschenrechte global schützen und lokal umsetzen	34
	Fairer Umgang mit Rohstoffen.....	35
	Zivilgesellschaftliche Netzwerke stärken	36
	Ausblick	37
	Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	39
	Auf dem Weg zu transformativer Bildung	39
	Bildung für nachhaltige Entwicklung ist politische Bildung.....	39
	Impulse lokaler Initiativen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sichtbar machen ..	39
	Ausblick	42
	Pressearbeit.....	43
	Öffentlichkeitsarbeit.....	45
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	47
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2016	49

A Politische Rahmenbedingungen – Rückschau und Ausblick

„Wenn der Wind der Veränderung weht, dann bauen die einen Mauern, die anderen Windräder“ – so ein chinesisches Sprichwort. Germanwatch gehört zu denen, die derzeit den Bau von transformativen "Windrädern" vorantreiben, die eine gesellschaftlich und politisch konstruktive Entwicklung im Sinne der im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossenen 2030-Agenda für nachhaltige Entwicklung dynamisieren. Dies erscheint dringend notwendig, da in den letzten Monaten selbstverständliche und lange eingeübte Umgangsformen und zivilisatorische Standards unter Druck geraten sind.

Da unterminiert die Regierung der bisherigen westlichen Führungsmacht USA auch im eigenen Land Menschenwürde und Menschenrechte; wenige Monate nach Amtsantritt der Regierung Trump ist die Krise mit Nordkorea so eskaliert, dass ein Atomkonflikt in greifbare Nähe gerückt ist; die neue US-Regierung nimmt ein unkontrolliertes Großexperiment mit der Menschheit billigend in Kauf, indem sie sich – gegen alle wissenschaftliche Evidenz, auch entgegen dem Konsens der wissenschaftlichen Organisationen der USA – die globale Klimakrise einfach wegwünscht. Damit isolieren sich die USA.

Die internationale Staatengemeinschaft hat im Klimaschutz den ersten "Trump-Test" bestanden: Beim G7-Gipfel betonten sechs, beim G20-Gipfel 19 Partner die Irreversibilität des Pariser Klimaabkommens.

Es war in den letzten Monaten angesichts der deutschen G20-Präsidentschaft eine der großen Herausforderungen für *Germanwatch*, diesen Prozess durch eine wichtige Koordinierungsrolle mit der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft voranzutreiben und damit Themen zu setzen und wichtige Bündnisse auch mit Gewerkschaften, Unternehmen, Frauen- und Jugendorganisationen zu schaffen.

Die Germanwatch-nahe Stiftung Zukunftsfähigkeit spielte eine treibende Rolle beim Aufbau einer internationalen Stiftungsplattform (F20), die in den G20-Ländern und im G20-Prozess die Umsetzung des Paris-Abkommens und der Globalen Ziele für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) vorantreiben will. Es war und ist erstaunlich zu sehen, welche Relevanz in solchen internationalen Prozessen kleine Organisationen wie Germanwatch und Stiftung Zukunftsfähigkeit durch aufgebautes Vertrauen ihre Beiträge und Analysen sowie gute Vernetzung erreichen können.

Doch der zweite Teil des "Trump-Tests" liegt im Handeln, also in der Umsetzung. Erfreulich ist: Weltweit sind die energiebedingten Treibhausgasemissionen seit Paris nicht mehr gestiegen – erstmals seit der industriellen Revolution in Jahren nicht im Zusammenhang mit einer globalen Wirtschaftskrise. Mehr als die Hälfte der neu aufgebauten Kapazität im globalen Energiesystem basiert seitdem auf Erneuerbaren Energien. International hat die Umsetzungsdynamik deutlich an Fahrt gewonnen – leider aktuell nicht so in Deutschland. Die Deckelung des Ausbaus Erneuerbarer Energien hat diesen hier massiv abgeschwächt. Gegenüber 2009 sind die Emissionen in Deutschland nicht gesunken, im Straßenverkehr sogar seit 1990 nicht. Die Kluft zwischen beeindruckender internationaler Klimapolitik der deutschen Regierung und Kniefällen vor wichtigen Teilen der Industrie-Lobby im eigenen Land wird immer größer.

Auch eine Umsetzungsoffensive der 2015 in der 2030-Agenda verabschiedeten SDGs steht national und international noch aus. Es wäre ein wirklicher Paradigmenwechsel hin zu einer sozialverträglichen und ökologisch gestalteten statt einer weitgehend unregulierten Globalisierung, wenn die Staatengemeinschaft diese Umsetzung auf allen Ebenen angepackt würde. Oder aber es wird – wie in den 90er Jahren, hinter der Fassade der Beschlüsse und Prozesse des Rio-Gipfels von 1992 –

einer unregulierten Globalisierung Tür und Tor geöffnet, in deren Kontext sich immer mehr Menschen als Spielball und VerliererInnen betrachten.

Eine Schlüsselfrage dabei ist, ob die Umsetzung der Menschenrechte auch gegenüber großen Wirtschaftsakteuren durchgesetzt wird. Diese Durchsetzung geht mit der Verpflichtung einher, die Menschen zu identifizieren, deren Rechte – etwa auf Nahrung, Wasser oder Gesundheit – gefährdet sind, und diese Menschen auch an der Planung von Gegenmaßnahmen zu beteiligen. Auch bei der Bundesregierung sehen wir hier die Gleichzeitigkeit von positiven Neuentwicklungen – die Neuaufgabe der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie oder die Einrichtung einer SDG-Wissenschaftsplattform etwa – und zugleich immer wieder den Rückfall in die alten Gleise des "Weiter so" und des Erhalts des Status Quo.

Es berührt die Arbeit von Germanwatch auch im Kern, wenn manche in Deutschland wieder Rassismus und Ausgrenzung gegen Solidarität in Stellung bringen, wenn Rechtspopulisten dem bürgerlich-liberalen Staatsverständnis ein völkisches entgegenstellen und Gerechtigkeit sowie Menschenrechte nur noch für "uns", nicht aber für alle Menschen auf diesem Planeten gelten sollen. Wir können als eine Organisation, die sich „Germanwatch“ nennt, hier nicht wegsehen und schweigen, wenn Menschen, die aus dem globalen Süden zu uns flüchten, inzwischen häufig auch Hass und Gewalt entgegenschlägt. Alleine im Jahr 2016 gab es etwa 3.500 Anschläge oder Angriffe auf Geflüchtete – etwa zehn jeden Tag. Wir wollen hier als Germanwatch mit unseren bescheidenen Kräften und in Vernetzungen mit unseren klassischen Themen eng verknüpfte Akzente setzen.

Wir können auch nicht wegsehen, wenn die republikanische US-Administration eine gigantische Aufrüstung vor allem durch massive Kürzungen der multilateralen Mittel, der Entwicklungszusammenarbeit, der Diplomatie, des Klimaschutzes – also jeder Vorsorge vor Konflikten – finanzieren will. Wenn auch in Europa die Militärausgaben deutlich ansteigen und die Beschleunigung dieses Trends vom NATO-Partner USA eingefordert wird. Die Frage der Umschichtung von Finanzströmen, sodass sie der wirksamen und friedlichen Vorsorge von Konflikten dienen, ist eine wichtige Herausforderung in den Augen von Germanwatch.

Ein wichtiges Element dazu wäre die Etablierung einer Finanztransaktionssteuer. Hier könnte die Politik notwendige Handlungsfähigkeit gegenüber dem Finanzmarkt zeigen. Doch die letzten Monate beanspruchten die Frustrationstoleranz bei uns sowie bei den weiteren 98 Mitgliedern der damit befassten Arbeitsgruppe von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sehr. Nachdem es Anfang 2017 so aussah, als ob eine Entscheidung noch in diesem Jahr wahrscheinlich sei, hat ein Rückzug des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron, wohl bedingt durch den Wettstreit um den künftigen Sitz der Europäischen Finanzaufsicht (von London nach Paris oder Frankfurt oder...?), dies in weite Ferne gerückt, vielleicht sogar auf den Sankt Nimmerleinstag.

In Deutschland hatte das Verhältnis von Entwicklungsleistungen zum Bruttoinlandseinkommen jahrelang um die 0,4 % gelegen. 2015 war es auf 0,52 % hochgeschneit und 2016 sogar erstmals auf die seit 1970 immer wieder versprochene Höhe von 0,7 %. Doch wer denkt, dass deshalb deutlich mehr Geld in den Entwicklungsländern gelandet sei, liegt falsch. Das Development Assistance Committee der OECD (DAC) hatte schon im Frühjahr 2016 darauf hingewiesen, dass der Anstieg in 2015 fast ausschließlich auf die stark gestiegenen Ausgaben für "Flüchtlinge im 1. Jahr ihres Aufenthaltes im Zufluchtsland" zurückzuführen war. Deren Anrechnung ist laut DAC-Richtlinien zwar zulässig, sagt aber eben nichts über die "Leistungen für *Entwicklungsländer*" aus. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hatte zunächst allgemein auf eine "erhebliche Steigerung" verwiesen. Germanwatch hatte das nicht nur zur Kenntnis genommen und analysiert, sondern sich auch eingemischt mit einem detaillierten Aufsatz¹ im *Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung*, der in ca. 300 Exemplaren an alle Entscheidungsträger

¹ www.germanwatch.org/de/10261

Innen in Regierung und Parlament ging. Darin hatten wir das BMZ aufgefordert, in Zukunft deutlicher auf die Hintergründe des vermeintlichen Anstiegs hinzuweisen. Im Herbst 2016 legten wir mit einem weiteren Artikel zu den außerplanmäßigen Erhöhungen nach.² Immerhin: Den noch stärkeren Anstieg 2016 hat das BMZ dann zufriedenstellend erläutert.

Viele Kriege haben eine energiepolitische Dimension – den Kampf um den Zugang zu fossilen und nuklearen Technologien. Bei immer mehr Konflikten wirkt der Klimawandel bereits heute als Risikoverstärker, wie man am Beispiel Syrien sehen kann.³ Deshalb ist die aus klimapolitischen Gründen notwendige Transformation weg von Kohle, Öl und Gas auch eine der großen friedenspolitischen Aufgaben. Das gleiche gilt für eine wirkliche Neukonzeption der Handelsbeziehungen, z. B. mit den afrikanischen Ländern, die eine nachhaltige Entwicklung vor Ort statt die Exportinteressen Deutschlands und Europas als Zielpunkt hat.

Germanwatch ist angetreten, die Politik des globalen Nordens – insbesondere des in der EU eingebetteten Deutschlands – so zu beeinflussen, dass es gerade auch den von ihr besonders Betroffenen im globalen Süden besser geht. Deshalb muss Germanwatch auch reagieren, wenn die Handlungsfähigkeit der EU für das Setzen konstruktiver Akzente zu erodieren droht oder wo diese gar eine gewollt unregulierte Globalisierung verstärkt statt eindämmt. Wo sich das anbietet, wollen die Germanwatch-Teams etwa mit Partnern z. B. in Frankreich oder Polen entsprechende Impulse setzen. Eine konstruktive Rolle der EU ist umso wichtiger, da die USA – zumindest einstweilen – als konstruktive Führungsmacht abdanken. Aber auch in der transformativen Kooperation mit Staaten um die EU herum, wie mit der Ukraine, dem Kosovo oder Marokko, will Germanwatch Handlungsmöglichkeiten für die Politik und andere Akteure aufzeigen.

Nach der Brexit-Entscheidung, der Etablierung nicht-liberaler Demokratien in Ungarn und Polen sowie rechter bis rechtsradikaler Parteien mit relevantem Stimmenanteil in vielen Ländern Europas, erweist sich ein einfaches "Weiter so" der EU zunehmend als Strategie der Selbstzerstörung des Staatenbundes. Eine aktive Neuorientierung ist notwendig.

Denn zentrale Werte der EU, wie Demokratie und Beteiligung, soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Nachhaltigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Respekt für die Menschenrechte – werden sowohl innerhalb Europas wie auch weltweit – immer massiver herausgefordert. Gemeinsam mit mehr als 250 europäischen NGOs setzt sich Germanwatch daher für eine EU ein, die Mensch und Umwelt an erster Stelle sieht. In einem Papier zeichnen sie ein Szenario für die Zukunft der EU, in der die EU die planetaren Grenzen ernst nimmt und das Pariser Klimaabkommen voll umsetzt sowie den Respekt der Menschenrechte zur Grundlage für politische Entscheidungen macht. Dieses "Szenario 6" ist eine Reaktion auf die 5 Szenarien zur Zukunft der EU bis 2025, welche die EU-Kommission im April 2017 veröffentlicht hat.⁴

Zum einen geht es darum, Investitionen für die notwendige sozialverträgliche und ökologische Transformation in Europa und in Partnerländern so voranzubringen, dass damit zugleich drängende Gerechtigkeitsfragen innerhalb der EU angegangen werden. Zum anderen geht es darum – Gemeinwohlökonomie oder Sharing Economy gehören hier zu den Stichworten –, neue Lebens- und Wirtschaftsmodelle zu entwickeln, welche die Menschen unabhängiger von dem konsumorientierten, ressourcenintensiven Wachstumsmodell machen. Ein Rückfall in Nationalismen würde nicht helfen, eine der großen Herausforderungen zu lösen. Im Gegenteil, er wäre eine Katastrophe.

Germanwatch hat mit einer Sonderklausur gleich zu Beginn dieses Jahres einen Prozess angestoßen, um auf die neue politische Situation zu reagieren. Die Werte des Leitbilds von Germanwatch

² www.germanwatch.org/de/12309

³ www.germanwatch.org/de/12995

⁴ www.germanwatch.org/de/13975

sind eine gute Richtschnur, um das eigene Handeln wirkungsvoll und glaubwürdig neu zu justieren. Wir setzen uns ein

- für mehr globale Gerechtigkeit, was auch Gerechtigkeit im eigenen Land und in der EU beinhaltet;
- für den Schutz der planetaren Grenzen und der Lebensgrundlagen der Menschen sowie der ökologischen Mitwelt;
- für die Menschenwürde und deren Konkretisierung in den Menschenrechten.

Zugleich kann die Diskussion letztlich auch zu einer Weiterentwicklung unseres Leitbildes führen. Im Januar beschäftigten wir uns in einer außerordentlichen Sonderklausur, wie wir als Germanwatch auf die Herausforderungen der rechtspopulistischen Welle reagieren können. Wir diskutierten im gesamten Team und im Vorstand, was die Rolle einer wachen Zivilgesellschaft in dieser Situation ist. Wir rangen darum, trotz der ohnehin sehr starken Arbeitsbelastung vieler unserer MitarbeiterInnen mit unseren begrenzten Mitteln eine möglichst große konstruktive Wirkung zu erzielen. Ein ganzes Bündel an Beschlüssen der Klausur und dann des Vorstands war das Ergebnis. Unsere zentrale Fragestellung lautete: Wie können wir ausreichend Handlungsfähigkeit für die notwendige menschenrechtsbasierte Transformation in Zivilgesellschaft und Politik herstellen – angesichts einer ungezügelter Globalisierung und den gefährlichen Antworten eines neuen Ressentiment-geladenen Nationalismus?

Die Zivilgesellschaft kann dabei Frühwarnsystem für die gesellschaftlichen Herausforderungen und möglichen Fehlreaktionen darauf sein; sie kann Pilotfisch sein, um neue Themen auf die Agenda zu setzen; sie kann Trüffelschwein sein für ungewöhnliche lösungsorientierte gesellschaftliche Allianzen, die das Potenzial haben, eine wirklich nachhaltige Entwicklung voranzutreiben; sie kann die Erneuerbare Energie für eine auf den Gleisen des "Weiter so" festgefahrene Gesellschaft sein.

Wie kann die Zivilgesellschaft eine soziale und ökologische Gestaltung der Globalisierung vorantreiben? Einen echten Umbau – nicht ein Weiterlaufen im alten Trott, aber mit grünem Mäntelchen einzelner Projekte. Es braucht einerseits Druck für eine Veränderung der Rahmensetzungen und andererseits den Aufbau von innovativen Initiativen: Etwa neuen Formen der Gemeinwohlökonomie, der transformativen Kooperation, der Unterstützung von Initiativen wie "Transition Towns" oder "Repair Cafés" und des fairen Handels statt eines ungebändigten Freihandels. Eine solche Transformation ist in einer Situation notwendig, in der sich viele Menschen von einer ungezügelter Globalisierung abgehängt fühlen. Wo Klimawandel und Artenverlust außer Rand und Band zu geraten drohen, und in der wir es statt mit einzelnen Krisen "mehr und mehr mit zusammenhängenden Krisenlandschaften"⁵ zu tun haben.

Die Zivilgesellschaft kann auch mithelfen, die in der Gesellschaft vorhandenen Sinnressourcen für die aktuellen Herausforderungen zum Klingen zu bringen. Denn, wie der spätere Richter am Bundesverfassungsbericht Ernst-Wolfgang Bockenförde 1976 sagte: „*Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann.* Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist.“ Germanwatch hat in den beiden letzten Jahren am Beispiel der päpstlichen Enzyklika "Laudato Si'" im Detail inhaltlich und methodisch herausgearbeitet, wie eine pluralistische Organisation, die offen für Mitglieder aller Religionen, AgnostikerInnen und AtheistInnen ist, von solchen Sinnressourcen lernen kann.⁶ Zum Abschluss unserer Jahrespartnerschaft mit der Stadt Bonn haben wir im November 2016 hierzu ein ExpertInnengespräch mit hochrangigen VertreterInnen aus zivilgesellschaftlichen NGOs – nicht nur kirchennahen – und eine hervorragend besuchte Abendveranstaltung im Alten Rathaus mit dem Bonner Oberbürger-

⁵ V. Perthes: Ausblick 2017: "Krisenlandschaften". SWP-Studien 2017/S 01, Januar 2017. www.swp-berlin.org/publikation/ausblick-2017-krisenlandschaften

⁶ www.germanwatch.org/de/10479

meister Ashok Sridharan sowie Klaus Töpfer als kompetentem Hauptredner durchgeführt. Bemerkenswert ist, dass wir neben Justitia et Pax die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung als Financiers gewinnen konnten. Auch ein Zeichen dafür, dass die Enzyklika "Laudato Si'", diese Gerechtigkeits- und Umweltzyklika, weit über den kirchlichen Raum hinaus von hoher Bedeutung sein kann. Im Mai 2017 waren wir bei der Eröffnung des "Transformationspavillons: Von der Reformation zur Transformation" in der Lutherstadt Wittenberg beteiligt. Auch in verschiedenen Gesprächen mit Gewerkschaftsakteuren haben wir versucht, Sinnressourcen zu identifizieren, die für eine pluralistische Gesellschaft wichtige Impulse geben können.

Nach dem Ende des Kalten Krieges vermuteten viele einen Siegeszug der demokratischen Gesellschaften, es wurde sogar ernsthaft in die Diskussion gebracht, mit dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft sei das "Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) erreicht. Nun mehren sich die Anzeichen, dass die demokratischen Gesellschaften vor grundlegenden Verzweigungspunkten stehen. Es gehört zu den systemtheoretischen Einsichten, dass in einer solchen Situation vor gesellschaftlichen Verzweigungspunkten sowohl Fluktuationen und Ungewissheit als auch der Handlungsspielraum größer werden. Es sind Situationen, in denen nicht nur schrittweise, sondern transformative Veränderungen – in die eine oder auch in die ganz andere Richtung – möglich werden. Ein „Weiter so“ im Nichtadressieren der zentralen Herausforderungen erscheint hoch riskant. Eine Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft muss gelingen – oder es droht eine Gegen-transformation. Dies bedeutet, dass nun die Zeit ist, mutige Initiativen zu ergreifen, um die großen Herausforderungen wirkungsvoll anzugehen.

Wir sehen mit Freude, wie viele Menschen in Deutschland, Europa, den Schwellen- und ärmsten Ländern, aber auch in den USA die Herausforderung annehmen, sich neu zu engagieren, ja sich gerade jetzt zu politisieren.

Germanwatch hat – im engen Austausch mit vielen Partnern – seinen Teil dazu beitragen, diesen neuen politischen Handlungsspielraum zu nutzen: Um globale und innerstaatliche Gerechtigkeit voranzubringen, die international anerkannten Menschenrechte zu schützen sowie die ökologischen Grenzen des Planeten und die Lebensgrundlagen des Menschen zu respektieren. Um ausgewählte Teile dieses Beitrags geht es im vorliegenden Bericht.

Wir haben ein großartiges Team, das mit viel Schwung und Expertise sowie einer beachtenswerten Diskussionskultur diese Themen vorantreibt – aber sich dabei selbst auch immer wieder an den Rand der Überforderung bringt. Ihm möchte der Vorstand an dieser Stelle herzlich danken.

Unterstützung, um dieser insbesondere durch einen geringen finanziellen Planungshorizont bedingten Überforderung entgegenzuwirken, ist herzlich willkommen.



Ein Teil der Mitarbeitenden und des Vorstands von Germanwatch bei der Frühjahrsklausur in Bielefeld, Februar 2017

B Die Basis unserer Arbeit

Der Erfolg von Germanwatch ruht auf den Schultern von vielen Menschen, die dabei unterschiedliche Verantwortung übernehmen. Zusammen mit Mitgliedern und Förderern sowie haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen konnte Germanwatch in den vergangenen zwölf Monaten wichtige Akzente setzen: für die Eindämmung der globalen Klimakrise, für die Umsetzung der 2030-Agenda mit ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung, im Engagement gegen eine industrielle Tierhaltung, die Mensch und ökologische Mitwelt gefährden und für klare Regeln für Unternehmen, damit diese besser als bisher ihrer Verantwortung für Menschenrechte gerecht werden.

Unsere Mitglieder und SpenderInnen

Zu Germanwatch gehören aktuell 675 Mitglieder, darunter 362 stimmberechtigte Mitglieder, 304 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 10.08.2017).

Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
494	535	560	575	603	600	632	644	675

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: finanziell mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen (siehe unten) oder durch aktive Mitarbeit in der ein oder anderen Form. Das nicht antragsgebundene Geld der Mitglieder und SpenderInnen sichert ganz besonders unsere Unabhängigkeit und den langen Atem der Organisation. Wir möchten uns dafür bedanken, dass die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen auch 2016 wieder einen neuen Höchststand erreichten. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Kapitel E (Finanzbericht) gesondert vorgestellt.

MitarbeiterInnen und Vorstand

Die Umsetzung der gemeinnützigen Ziele von Germanwatch, der Projekte und des öffentlichen Auftritts liegt vor allem in den Händen des ehrenamtlichen Vorstands sowie der MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin. Der Vorstand tagt im Abstand von rund zwei Monaten und bringt sich auch darüber hinaus in seinem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit und öffentliche Präsenz von Germanwatch ein. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Außerdem leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte regelmäßig einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch. Während Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung von Germanwatch statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen. Anfang 2017 gab es zusätzlich eine Strategieklausur, um abgestimmt und wirkungsvoll auf die Herausforderungen für uns als NGO "unsere Themen" nach Brexit, Wahl des US-Präsidenten Donald Trump und verstärktem Rechtspopulismus in der EU zu reagieren.

Die Geschäftsführung liegt seit 2005 in den zuverlässigen Händen von Christoph Bals und Dr. Gerold Kier. Der Vorstand möchte ihnen an dieser Stelle danken, insbesondere für ihre Umsicht und

ihren strategischen Weitblick, tatkräftig und wirkungsvoll unterstützt von ihren Assistentinnen Katharina Hierl und Judit Mays – ein wichtiger Garant für unseren Erfolg.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Anne-Kathrin Kirchhof Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied		Dr. Stefanie Ricarda Roos Vorstandsmitglied
	Silvie Kreibiehl Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Reinhard Loske Vorstandsmitglied		Dr. Tilman Santarius (bis 12/2016) Vorstandsmitglied
	Maria Rudolph Assistentin des Vorstandsvorsitzenden				

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäftsführer		Dr. Gerold Kier Administrativer Geschäftsführer		
	Katharina Hierl (ab 03/2017) Assistentin der Poli- tischen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Admini- strativen Geschäftsfüh- rung		Vera Künzel (bis 03/2017) Assistentin der Poli- tischen Geschäftsführung

Unentgeltlich tätige Mitarbeiter

	Dr. Ludger Reuke Referent für Entwicklungspolitik		Dr. Will Frank Berater für Klimarecht		Dr. Winfried Zacher Berater für Klima & Gesundheit
---	--	---	---	--	---

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Internationale Klimapolitik, 2. Deutsche und Europäische Klimapolitik, 3. Welternährung, Landnutzung und Handel, 4. Unternehmensverantwortung sowie 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik und nun die Umsetzung der 2030-Agenda (SDG) im Blick. Gerechtigkeit auf globaler und zunehmend auch innerstaatlicher Ebene, das Respektieren der Menschenrechte und der Erhalt der Lebensgrundlagen sowie das Beachten der Grenzen des Planeten nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein. Intensiv haben wir bei zwei Klausuren daran gearbeitet, die Synergien zwischen den Teams zu stärken. Sowohl die Schnittpunkte zwischen Unternehmensverantwortung und Klima, als auch die zu Massentierhaltung haben wir in Papieren herausgearbeitet. Auch die Synergien zwischen dem Thema Welternährung und globale Klimakrise beziehungsweise zwischen Menschenrechten und Energie- beziehungsweise Klimaanpassungspolitik arbeiten wir immer konsequenter heraus.

Internationale Klimapolitik

Schon heute sind die Auswirkungen der globalen Klimakrise spürbar. Besonders treffen sie die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen und dies wiederum besonders in Entwicklungsländern – also die Menschen, die am wenigsten zum Entstehen des Problems beigetragen haben. Aber die direkten und indirekten Folgen der Klimakrise werden in Zukunft alle Länder betreffen. Ein Umsteuern auf klimafreundliche Entwicklungspfade bietet dabei auch Chancen und Perspektiven für alle Länder. Daher ist eine Antwort auf die globale Klimakrise, welche die "unbewältigbaren" Folgen des Klimawandels vermeidet und die bereits unvermeidbaren Folgen bewältigt, nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern im langfristigen Interesse aller. Eine solche Antwort erfordert neue Dimensionen der globalen Zusammenarbeit und Solidarität. Ungezügelter wirtschaftlicher Globalisierung, angetrieben von fossilen Brennstoffen, befeuert dagegen das Problem weiter – aber die gefährlichen Scheinantworten eines neuen Ressentiment-geladenen Nationalismus würden das Problem nur weiter verschärfen. Es ist kein Zufall, dass viele rechtspopulistische PolitikerInnen und Gruppen den menschengemachten Klimawandel anzweifeln, gerade weil er ein Problem ist, dessen Lösung internationale Kooperation zwingend erfordert.

Das Erstarken des Rechtspopulismus in verschiedenen Teilen der Welt stellt die Klimapolitik vor neue Herausforderungen. Das zeigte sich nur knapp ein Jahr nach dem historischen Erfolg des Pariser Klimaabkommens besonders drastisch, als Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt wurde und im Juni 2017 die Ankündigung erfolgte, dass die US-Regierung tatsächlich beabsichtigt, sich aus dem Paris-Abkommen zurückzuziehen.⁷ Im Angesicht dieser Herausforderung müssen die zivilgesellschaftlichen und politischen Kräfte, welche die Klimakrise angehen wollen, nun in besonderem Maße Handlungsfähigkeit beweisen. Hierzu hat auch in den letzten Monaten Germanwatch einen Beitrag geleistet. Wir haben die Entwicklungen in den USA analysiert und eingeordnet. Wir haben darauf hingewiesen, wie sehr Trumps Regierung sich selbst isoliert, angesichts der Tatsache, dass Städte, Bundesstaaten und Unternehmen genauso wie die Mehrheit der US-Bürger weiter für den Klimaschutz eintreten. Wir haben herausgearbeitet, in welchem Ausmaß fossi-

⁷ Eine Germanwatch-Analyse der Schlüsselargumente von Präsident Trump finden Sie unter www.germanwatch.org/de/13976

le Energien bzw. der Klimawandel Risikoverstärker für diverse Krisen sind – Irak und Syrien sind dafür nur zwei Beispiele.

Bei den Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), also dem Klimagipfel in Marrakesch im November 2016 (COP22) und den Zwischenverhandlungen in Bonn im Mai 2017, sowie insbesondere beim G20-Gipfel in Hamburg im Juli 2017, ging es darum, den Rest der Staatengemeinschaft darauf zu verpflichten, das Pariser Abkommen auch ohne die Trump-Regierung umzusetzen. Bei allen drei Gelegenheiten ist dies gelungen. Nun geht es darum, dass diesen starken Bekenntnissen zur Umsetzung des Paris-Abkommens auch tatsächlich entschiedenes Handeln folgt. Denn die berechtigte Sorge um den künftigen Kurs der USA darf nicht davon ablenken, dass keiner der großen Staaten bislang genug tut, um die Klimakrise zu begrenzen und deren Folgen zu bewältigen, auch Deutschland nicht.

Um in diesem geopolitischen Kontext Handlungsfähigkeit herzustellen, ist die enge vertrauensvolle Abstimmung in Netzwerken wichtiger Bestandteil der Germanwatch-Arbeit zur internationalen Klimapolitik, insbesondere im Climate Action Network (CAN) und Climate Briefing Service (CBS) auf internationaler Ebene sowie in der Klima-Allianz, Transform und dem Verband der entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (VENRO) in Deutschland. Außerdem ist Zusammenarbeit auch in ungewohnten Konstellationen erforderlich, wenn sie zu einzelnen Fragen erfolgversprechend ist. Ein Beispiel ist unsere Zusammenarbeit mit dem Forschungsinstitut Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) zu Kohlenstoffbepreisung und Subventionsabbau im Kontext der G20.

Das Germanwatch-Team Internationale Klimapolitik leistet einen Beitrag zur Entwicklung eines Systems internationaler Kooperation, das den Klimawandel auf ein bewältigbares Maß begrenzt und angemessene Antworten auf die nicht mehr vermeidbaren Folgen des Klimawandels sicherstellt. Das erfordert weltweit einen Umbau der Wirtschaft und Gesellschaften – eine große Transformation. Als erstes muss diese rasch erfolgen. Um die Erwärmungsobergrenzen des Pariser Abkommens einzuhalten und die Transformation sozialverträglich zu gewährleisten, muss der Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas direkt beginnen und weltweit bis etwa 2050 gelingen. Sie muss zweitens umfassend sein – Emissionsreduktionen in einzelnen Sektoren werden nicht ausreichen. Es braucht neben neuen Technologien auch veränderte Produktions- und Konsummuster und eine ernsthafte Beschäftigung mit zukunftsfähigen Lebensstilen. Und drittens muss sie gerecht organisiert werden. Die Chancen, Risiken und Kosten der Transformation müssen international und innerhalb der Länder gerecht verteilt werden. Die Transformation muss so organisiert werden, dass sie Entwicklungschancen und neuen Wohlstand schafft; insbesondere für diejenigen, die bisher nicht von unserem globalisierten Wirtschaftsmodell profitiert haben. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika oder Indien muss es beispielsweise um mehr als den Zubau vieler Megawatt gehen, sondern auch die Schaffung lokaler Wertschöpfung und um dezentralen Energiezugang für diejenigen, die noch keinen Zugang zu modernen Energiedienstleistungen haben. Die Transformation muss auch so organisiert werden, dass sie neue Möglichkeiten für diejenigen schafft, die bislang Arbeit in der fossilen Industrie gefunden haben; dieses Thema des gerechten Strukturwandels ("just transition") gewinnt auch in der internationalen Klimadebatte an Bedeutung. Das Germanwatch-Team Internationale Klimapolitik hat in den vergangenen Monaten seine Teamziele neu formuliert, um klarer zu fassen, wie Germanwatch bis 2020 auf internationaler Ebene einen Beitrag zu einer solchen raschen, gerechten und umfassenden Transformation leisten will (siehe Abbildung auf S. 21). Die Bekämpfung der Klimakrise kann und muss so gestaltet werden, dass sie auch einen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit leistet. Aus unserer Sicht ist die Arbeit mit Bündnispartnern an diesem Leitbild auch ein Beitrag zur Erlangung von Handlungsfähigkeit in komplizierten Zeiten.

Regeln und Institutionen für den Umgang mit Klimafolgen

Ein Ziel des Teams Internationale Klimapolitik ist es, dass bis 2020 die internationalen Regeln und Institutionen geschaffen sind, die gute Anpassung und einen angemessenen Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten im Sinne der Verletzlichsten ermöglichen können. Dazu gehört einerseits die Ausgestaltung der entsprechenden UNFCCC-Mechanismen und andererseits die Erprobung von konkreten Ansätzen, mit Schäden und Verlusten umzugehen: Auf Klimarisiken bezogene Versicherungslösungen können insbesondere als öffentlich-private Kooperationen eine konstruktive vorausschauende Lösung sein, genauso wie Klimaklagen, mit denen die Hauptverursacher von klimabedingten Schäden zur Verantwortung gezogen werden sollen.

Begleitung der UNFCCC-Arbeit zu Anpassung und zu "Loss and Damage"

Germanwatch hat die Entwicklungen im Rahmen der UNFCCC zu den Themen Anpassung (Adaptation) und unvermeidbare Klimaschäden und -verluste (Loss and Damage) intensiv begleitet, analysiert und sich an verschiedenen Stellen eingebracht. Bei den Verhandlungsrunden in Marrakesch und Bonn stand die Entwicklung von Umsetzungsregeln für das Pariser Abkommen im Mittelpunkt, unter anderem zu regelmäßigen Berichten über Anpassung. Germanwatch begleitete außerdem die Sitzungen des Internationalen Warschau-Mechanismus zu Schäden und Verlusten (WIM) sowie des Anpassungskomitees (AC) durch Briefing- und Auswertungspapiere und das Einbringen von Vorschlägen, auf die wir viel Resonanz bekamen. Des Weiteren machte Germanwatch in einer Studie⁸ auf die "Klimarisikolücke" aufmerksam, also den fehlenden Schutz vor Klimarisiken, insbesondere für besonders verletzte Menschen, die bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens angegangen werden sollte. Während der Klimaverhandlungen in Marrakesch wurde ebenfalls die neueste Ausgabe des Germanwatch Klima-Risiko-Indexes vorgestellt, die u. a. zeigt, dass Entwicklungsländer am stärksten unter den Folgen von Extremwetterereignissen leiden.⁹

Kritisch-konstruktive Begleitung der Initiativen für Klimarisikoversicherungen

Klimabezogene Versicherungsinstrumente können als Teil einer umfassenden Risikomanagementstrategie eine wichtige Rolle im Schutz von besonders durch Klimawandelfolgen betroffenen Menschen und Ländern spielen. Mit dem Ziel, bis zum Jahr 2020 400 Millionen arme und gefährdete Menschen in Entwicklungsländern mit Versicherungsschutz gegen Klimarisiken abzudecken, beschlossen die G7-Staaten im Juni 2015 die InsuResilience Initiative. Im Rahmen des G20-Gipfels 2017 in Hamburg wurde darüber hinaus eine „Globale Partnerschaft für Finanzierungs- und Versicherungslösungen für Klima- und Katastrophenrisiken“ beschlossen. Im Rahmen einer Projektkooperation mit der Munich Climate Insurance Initiative spielt Germanwatch seit 2015 eine wichtige Rolle in der kritisch-konstruktiven Begleitung von InsuResilience. Germanwatch setzt sich im Rahmen dieser Kooperation mit Studien und Dialogveranstaltungen insbesondere dafür ein, dass in den Versicherungsinitiativen tatsächlich die Absicherung der Ärmsten und Verletzlichsten verbessert wird, und drängt darauf, dass bei der Umsetzung die Orientierung an Menschenrechten eine wichtige Rolle spielt.

⁸ www.germanwatch.org/de/13735

⁹ www.germanwatch.org/kri

Der Fall Huaraz

Saúl Luciano Lliuya – Andenbauer und Bergführer aus Peru – klagt gegen den Energiekonzern RWE, der als Europas größter CO₂-Emittent mitverantwortlich für den Klimawandel und seine Folgen ist. Denn Saúls Heimatstadt Huaraz droht, durch die klimawandelbedingte Gletscherschmelze oberhalb des Orts, eine verheerende Flutkatastrophe. Da RWE historisch etwa 0,5 % des globalen Klimawandels verursacht hat, soll RWE auch ein halbes Prozent der Kosten der notwendigen Schutzmaßnahmen bezahlen. Für Saúl Luciano Lliuyas Anwalts- und Gerichtskosten tritt die Stiftung Zukunftsfähigkeit ein. Germanwatch unterstützt sein Anliegen unter anderem durch Beratung, Expertise sowie Netzwerk- und Öffentlichkeitsarbeit. Germanwatch will so dazu beitragen, dass neue juristische Möglichkeiten für Betroffene geschaffen werden, dass Verursacher wie RWE in die Verantwortung genommen werden, weniger schädliche Geschäftsmodelle entwickeln und der Druck in Richtung politischer Lösungen für die Unterstützung von Betroffenen des Klimawandels steigt. Am 24. November 2016 fand die erste mündliche Verhandlung statt, am 15. Dezember wies dann das erstinstanzliche Landgericht Essen die Zivilklage gegen RWE ab. Dies ist aber noch nicht das Ende des Rechtsstreits, denn im Januar 2017 legte Saúl Luciano Lliuya beim Oberlandesgericht (OLG) Hamm Berufung ein, die am 13. November 2017 mündlich verhandelt werden soll. Er setzt darauf, dass in der zweiten Instanz das Beweisverfahren eröffnet wird und er damit die Gelegenheit erhält, den Nachweis zu führen, dass sich die von ihm behauptete Kausalität der Teilverursachung durch RWE nachweisen lässt. Er will, wenn nötig, durch alle Instanzen gehen.

Angemessener Umgang mit klimabedingter Migration

Der Klimawandel verstärkt Krisen und Konflikte weltweit und kann dazu beitragen, dass Menschen ihre Heimat verlassen müssen. Für klimabedingte Migration und Vertreibung besteht bislang eine rechtliche "Schutzlücke", da weder geklärt ist, welchen Status die betroffenen Menschen haben, noch wie sie unterstützt werden. Germanwatch hat einen Beitrag zur Positionierung der Mitgliedsorganisationen von VENRO und der Klima-Allianz zu dieser Frage geleistet und in einem gemeinsamen Positionspapier Forderungen an die Bundesregierung mitformuliert.¹⁰ Zusätzlich wurden die relevanten Prozesse, wie die Arbeitsgruppe zu klimabedingter Vertreibung des WIM der UN-FCCC sowie der "Global Compact on Migration", eng begleitet.

Internationale Anreize zur Erhöhung der Klimaziele und für 2050-Klimapläne

Ein weiteres Ziel des Teams Internationale Klimapolitik ist es, dass bis 2020 auf internationaler Ebene die Institutionen und Anreize geschaffen sind, die dazu führen, dass Staaten spätestens zu diesem Zeitpunkt und von da an regelmäßig ihre Klimaziele verbessern und 2050-Strategien für die rasche, umfassende und gerechte Transformation erarbeiten. Dazu gehören auch Rahmenbedingungen, die – wie in Paris vereinbart – globale Finanzflüsse entsprechend umlenken. Nur so lässt sich die massive Lücke zwischen den jetzigen Klimazielen der Regierungen der Welt und den Vereinbarungen des Pariser Abkommens schließen, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen und sogar eine Begrenzung auf 1,5°C anzustreben. Die bislang vorliegenden nationalen Klimaziele würden immer noch zu einer Erwärmung von rund 3°C führen. Das Pariser Abkommen kann also nur dann zum gewünschten Erfolg werden, wenn es gelingt, eine Dynamik auszulösen, in der die Ziele übertroffen und weiter verschärft werden.

¹⁰ www.germanwatch.org/de/14223

Begleitung der UNFCCC-Verhandlungen zum Ambitionsmechanismus

Im Paris-Abkommen ist ein Ambitionsmechanismus vorgesehen, der gewährleisten soll, dass die Länder ihre Klimaschutzziele regelmäßig und ausreichend erhöhen. Die erste Zielerhöhungsrunde beginnt im Jahr 2018; gleichzeitig arbeitet auch der Weltklimarat (IPCC) an einem Sonderbericht zum 1,5°C-Limit, der ebenfalls 2018 erscheinen wird. Der Ambitionsmechanismus hat mehrere Bestandteile, die jetzt ausgestaltet werden: eine erste Runde 2018 (Facilitative Dialogue), eine regelmäßige und umfassende globale Bestandsaufnahme (Global Stocktake), die ab 2023 alle fünf Jahre die Fortschritte zur Umsetzung des Paris-Abkommens bewerten soll und außerdem die zweite wissenschaftliche Überprüfung der Ziele der Konvention (Second Periodical Review). Germanwatch-MitarbeiterInnen begleiteten in den vergangenen zwölf Monaten erneut die Verhandlungen zu diesen Themen, zum Teil auch in der Rolle als Ko-KoordinatorInnen der zuständigen internationalen NGO-Arbeitsgruppe von CAN. Mit schriftlichen Eingaben und Lobbyarbeit während der Verhandlungsrunden setzten wir uns dafür ein, dass dabei die Anreize für ambitioniertere Klimaziele und ihre faire Umsetzung möglichst stark werden.

Klimapolitische Begleitung der chinesischen und der deutschen G20-Präsidentschaft

Die deutsche G20-Präsidentschaft war im Berichtszeitraum wichtigster Schwerpunkt der Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik, aufbauend auf unserer Arbeit zur chinesischen G20-Präsidentschaft 2016. Ziel war es, die rasche, ambitionierte und nachhaltige Umsetzung des Paris-Abkommens auch auf die Agenda der RegierungschefInnen und FinanzministerInnen dieser 20 führenden Wirtschaftsnationen bzw. Groß-Emittenten zu setzen. Nach der Ankündigung von Donald Trump, dass die US-Regierung sich aus dem Paris-Abkommen zurückziehen will, ging es auch hier darum, dennoch Handlungsfähigkeit zu zeigen und sich nicht von Trump verunsichern zu lassen. Dass es gelungen ist, ein Bekenntnis zur globalen Energiewende von der gesamten G20 und ein klares Bekenntnis zum Pariser Abkommen von „G19“ zu bekommen, war nach Auskunft der hiermit befassten Ministerien auch auf die breite Unterstützung durch die Zivilgesellschaft und ungewöhnliche Allianzen u. a. mit der Wirtschaft, Gewerkschaften und den Stiftungen (F20) zurückzuführen, an denen Germanwatch maßgeblichen Anteil hatte. Unsere klimapolitische Netzwerk-, Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit konzentrierte sich auf fünf Hauptstränge (siehe Grafik).



Zentral war dabei eine intensive Zusammenarbeit mit NGOs aus anderen G20-Staaten – nicht nur im Steering Committee des zivilgesellschaftlichen Begleitprozesses "Civil 20" (C20) – sowie aus den besonders verletzlichen Entwicklungsländern, deren Finanzminister sich als „V20“ zusammengeschlossen haben. Daneben spielten Kooperationen mit Think Thanks und Wirtschaftsvertretern

sowohl im nationalen Rahmen (mit MCC und BDI) als auch international durch gemeinsame Erklärungen der zivilgesellschaftlichen G20-Begleitgruppen wie „Business 20“ (Wirtschaft), „Think 20“ (Think Tanks) und „Civil 20“ (NGOs) und Anderen eine entscheidende Rolle. Für die deutschen und internationalen Klima-NGOs war Germanwatch während der deutschen Präsidentschaft ein zentraler Ansprechpartner. Zudem wurden energie-, klima- und finanzpolitische Themen des G20-Prozesses durch Fachveranstaltungen, Pressebriefings, Blogbeiträge und eigene Meinungsbeiträge sowie Hintergrundpapiere für Medien und eine interessierte Öffentlichkeit aufbereitet. Germanwatch arbeitet nun daran, die Themen, die im in Hamburg verabschiedeten Klima- und Energieaktionsplan der "G19" genannt sind, weiter zu konkretisieren und auf ihre konsequente Umsetzung zu drängen. Ein besonderes Augenmerk legen wir dabei auf Vorschläge, die globale Finanzflüsse in eine klimafreundliche Richtung umlenken können. So hat Germanwatch Vorschläge formuliert, wie die G20-Staaten als größte Anteilseigner der multilateralen Entwicklungsbanken auf durchgehend klimagerechte Investitionsstrategien hinwirken könnten und entwickelt Vorschläge für die Umsetzung von Berichtspflichten für Unternehmen, wie sie auf die notwendige Transformation strategisch vorbereitet sein können. Außerdem sind wir an einem ThinkTank-Konsortium beteiligt, welches im Auftrag des Umweltbundesamtes Klimarisiken für die deutsche Wirtschaft und den deutschen Finanzsektor bewertet.

Klimaschutz-Index (KSI), Climate Transparency und Allianz Monitor

Öffentlicher Druck kann dazu beitragen, dass Länder die Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens möglichst ambitioniert umsetzen. Dabei helfen Ländervergleichsstudien wie der seit Jahren in der internationalen Presse stark beachtete Germanwatch Klimaschutz-Index (KSI), der die Glaubwürdigkeit der Klimaschutzversprechen der Länder öffentlichkeitswirksam bewertet und dokumentiert.¹¹ In der ersten Jahreshälfte 2017 wurde die Methodik des KSI überarbeitet - auch um die Kompatibilität der Klimaschutzanstrengungen einzelner Länder mit der im Pariser Abkommen festgeschriebenen Obergrenze von deutlich unter 2°C, wenn nicht sogar 1,5°C, globaler Erwärmung erheben zu können. Neben der regulären Veröffentlichung des KSI 2017 im Herbst 2016, wurde zum G20-Gipfel eine G20-Sonderedition mit neuer Methodik herausgegeben. Darüber hinaus ist Germanwatch Teil des Konsortiums Climate Transparency. Zentrale Publikation des Konsortiums ist der in diesem Jahr zum dritten Mal erschienene "Brown to Green Report", der anhand rund 60 verschiedener Indikatoren den weltweit umfassendsten Überblick zu den Themen Emissionsentwicklung, Klimapolitik, Dekarbonisierung und Klimafinanzierung in den G20-Staaten gibt.¹² Eine weitere in diesem Jahr zum zweiten Mal erschienene Publikation, an der Germanwatch maßgeblich beteiligt war, ist der Allianz Klima- und Energiemonitor, der in einem Ranking die benötigten Investitionen und die Investitionsbedingungen für Erneuerbare Energien in den G20-Ländern vergleicht.¹³

Internationale öffentliche Klimafinanzierung

Klimafinanzierung ist eine wichtige Grundlage, um die Handlungsfähigkeit für Klimaschutz und Anpassung in den ärmeren Ländern zu erhöhen. Das Team Internationale Klimapolitik hat sich daher als ein weiteres Ziel gesetzt, dass 2020 die internationale öffentliche Klimafinanzierung so organisiert ist, dass alle qualitativ guten Vorhaben in Entwicklungsländern, welche die Verletzlichsten beim Umgang mit Klimafolgen unterstützen und/oder die notwendige Transformation voranbringen und dafür internationale öffentliche Finanzierung benötigen, finanziert werden. Ziel ist, dass sowohl ambitioniertere Vorhaben zu mehr Finanzierung als auch mehr Finanzierung zu ambi-

¹¹ www.germanwatch.org/ksi

¹² www.germanwatch.org/de/12735

¹³ www.germanwatch.org/de/13956

tionierteren Vorhaben führen. Neben der eigenen Lobbyarbeit bei den Klimaverhandlungen und der Beobachtung und Bewertung der deutschen Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung, u. a. über die Website www.deutscheklimafinanzierung.de, setzt Germanwatch auf die Stärkung der bzw. Kooperation mit Akteuren, die sich dafür einsetzen können, dass die Finanzmechanismen ambitioniert ausgestaltet und gute Projekte entwickelt sowie umgesetzt werden. Das sind etwa die KlimaverhandlerInnen der ärmsten Länder und Nichtregierungsorganisationen in den Entwicklungsländern.

Zivilgesellschaftliche Begleitung des Anpassungsfonds

Germanwatch verfolgte intensiv die Verhandlungen zum Anpassungsfonds und drängt bei der Bundesregierung darauf, sich hier ambitioniert und konstruktiv zu positionieren. Ein bemerkenswerter Erfolg war, dass der Anpassungsfonds mit 81 Millionen US-Dollar die Zielsetzung seiner Fundraising-Kampagne im Laufe der Klimaverhandlungen in Marrakesch sogar übertraf. Die größte Finanzzusage von 50 Millionen Euro kam dabei von Deutschland. Mit der seit Jahren intensiven Arbeit zum Anpassungsfonds konnte Germanwatch einen Beitrag dazu leisten, dass die Wichtigkeit dieses erfolgreichen Fonds, der gegenüber dem Klimawandel besonders verletzlichen Menschen und Regionen in Entwicklungsländern zugutekommt, von vielen Regierungen anerkannt wurde und dass beim UN-Klimagipfel 2016 die Grundsatzentscheidung getroffen wurde, dass der ursprünglich unter dem Kyoto-Protokoll gegründete Fonds auch unter dem Paris-Abkommen weiter bestehen soll. Germanwatch hat vor über sechs Jahren das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk (AFN) angestoßen und koordiniert das Netzwerk. Gemeinsam mit den Partner-NGOs aus den Ländern, in denen der Fonds Projekte finanziert, setzen wir uns beispielsweise für die Einbindung der verletzlichsten Bevölkerungsgruppen in die Planung und Durchführung von Anpassungsprojekten ein.

Stärkung der afrikanischen Zivilgesellschaft zur Begleitung des Grünen Klimafonds

Der in Paris beschlossene Grüne Klimafonds (GCF) ist der finanzstärkste multilaterale Klimafonds. Er soll die Hälfte seiner Mittel für die Unterstützung von Anpassungsprojekten ausgeben und davon wiederum die Hälfte in Afrika, den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselstaaten. Damit steht der afrikanische Kontinent besonders im Fokus des GCF. Ein neues Germanwatch-Projekt, das gemeinsam mit CARE Deutschland-Luxemburg entwickelt wurde, unterstützt zivilgesellschaftliche Organisationen aus Ghana, Kenia, Malawi, Marokko und dem Senegal in ihrer Arbeit zum GCF. Sie sollen befähigt werden, sich für ambitionierte Projektvorschläge einzusetzen, lokale Kenntnisse mit einzubringen und Transparenz bei der Implementierung der GCF-finanzierten Projekte sicherzustellen. Ein Workshop am Rande des UN-Klimagipfels 2016 mit TeilnehmerInnen aus verschiedenen Teilen Afrikas markierte den Beginn des Projekts. Seitdem wurden mehrere regionale und nationale Workshops durchgeführt sowie nationale Strategien erarbeitet. Das Projekt ermöglichte zudem mehreren VertreterInnen der afrikanischen Zivilgesellschaft die Teilnahme an den Treffen des Direktoriums des GCF, damit sie dort direkt die weitere Entwicklung des Fonds beeinflussen können.

Unterstützung für VertreterInnen der Entwicklungsländer im Grünen Klimafonds und anderen Gremien zur Klimafinanzierung

Im Rahmen unserer internationalen Beratungsarbeit konnten wir durch stetige Begleitung und Unterstützung von VertreterInnen der am wenigsten entwickelten Länder im Direktorium des GCF und des Ständigen Ausschusses für Finanzierung (Standing Committee on Finance, SCF) der UN-FCCC zu einem technischen Kapazitätsaufbau beitragen. Wir haben für unsere Partner (z. B. aus Burkina Faso, Mali und Bangladesch) Hintergrundanalysen und Lösungsvorschläge für besonders

kritische Entscheidungen erarbeitet und darauf aufbauende politische und technische Empfehlungen formuliert. Die enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern ermöglichte es Germanwatch so, wichtige Aspekte in die formellen Debatten z. B. bei der Ausgestaltung und Überarbeitung des GCF-Regelwerks einzubringen.

Wirksame und partizipative Partnerschaften für die Transformation

In den kommenden Jahren wird die Umsetzung der erforderlichen Transformation immer wichtiger werden. Dafür braucht es neuartige internationale Partnerschaften, die Akteure aus Regierung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen. Das Team Internationale Klimapolitik möchte bis 2020 erreichen, dass die Bundesregierung und andere deutsche Akteure vermehrt mit internationalen Partnern in solchen wirksamen und partizipativen transformativen Partnerschaften zusammenarbeiten, um Resilienz und Dekarbonisierung in den Partnerregionen und in Deutschland voranzubringen. Ein besonderes Augenmerk für Germanwatch lag im Berichtszeitraum in der Zusammenarbeit mit Partnern aus der Zivilgesellschaft zur Stärkung der gemeinsamen Handlungsfähigkeit.

Unterstützung der klimagerechten Transformation in der MENA-Region

Germanwatch arbeitet seit mehreren Jahren mit Gruppen aus dem Nahen Osten und Nordafrika (Middle East and North Africa, MENA) zusammen. Diese Region in unmittelbarer Nachbarschaft Europas ist besonders vom Klimawandel betroffen; der Klimawandel hat das Potential bestehende Konflikte und Instabilitäten in der Region weiter zu verstärken. Gleichzeitig kann eine Transformation zu klimafreundlicher Entwicklung der Region neue Entwicklungschancen erschließen - das Potential für Erneuerbare Energien ist enorm. Im Rahmen des Projekts MENA-Select, das nachhaltige Strompfade für Marokko, Tunesien und Jordanien untersucht, hat Germanwatch die Fallstudie Marokko abgeschlossen, die zeigt, dass in diesem Land Erneuerbare Energien ihren fossilen Pendanten überlegen sind. Die Ergebnisse beruhen einerseits auf einem umfangreichen Kriterienkatalog und andererseits auf Präferenzen von verschiedenen Stakeholdergruppen, die mittels partizipativer Workshops ermittelt wurden. Germanwatch hat außerdem im Berichtszeitraum ein neues Projekt begonnen, das gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Gruppen in Algerien Bildungsmaterialien entwickeln soll, um Jugendliche und junge Erwachsene über den Klimawandel und seine Folgen aufzuklären. Germanwatch hat bislang gemeinsam mit dem algerischen GIZ-Büro Materialien und Konzepte für die Bildungsarbeit erarbeitet. Um – wie gewünscht – vor Ort mit den NGOs zusammenarbeiten zu können, fehlt jedoch noch die Genehmigung der algerischen Behörden.

Zivilgesellschaftliche Begleitung der Africa Renewable Energy Initiative

2015 beschlossen die G7-Staaten beim Gipfel in Elmau, eine Initiative der Afrikanischen Union, die Africa Renewable Energy Initiative (AREI), zu unterstützen. Diese verfolgt – wie beim Pariser Klimagipfel 2015 dann offiziell vorgestellt – ehrgeizige Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika. Deutschland ist für die erste Phase der Initiative einer der größten Geldgeber. Germanwatch hat im Berichtszeitraum seine Arbeit zur Begleitung der AREI intensiviert, in enger Kooperation und Abstimmung mit afrikanischen sowie internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Einerseits hat Germanwatch mit Partnern eine Online-Umfrage zu den Perspektiven und Forderungen der afrikanischen Zivilgesellschaft gegenüber der AREI durchgeführt. Andererseits haben wir in enger Vernetzung mit Akteuren der afrikanischen Zivilgesellschaft verschiedene Veranstaltungen zum Thema AREI durchgeführt. Ein Ergebnis dieser Arbeit ist ein Kreis von afrikanischen

und internationalen Zivilgesellschafts-VertreterInnen, der sich mittlerweile regelmäßig gegenseitig informiert, Positionen austauscht und versucht, die AREI im Sinne einer entwicklungsfördernden Transformation des afrikanischen Energiesektors zu beeinflussen.

Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen aus Indien zu nachhaltigen Lebensstilen

Als einerseits stark vom Klimawandel betroffenes Land und gleichzeitig einer der großen globalen Emittenten, dessen künftiger Emissionspfad für den globalen Klimaschutz mitentscheidend sein wird, bleibt Indien ein Schwerpunktland unserer Aktivitäten. Indien brachte den Aspekt nachhaltiger Lebensstile in die Präambel des Paris-Abkommens ein. Germanwatch nutzt langjährige Kontakte zur indischen Zivilgesellschaft, um im deutsch-indischen Austausch die Umsetzungschancen von nachhaltigen Lebensstilen und den dazu notwendigen Rahmensetzungen in jeweils lokal angepassten Formen zu verbessern. Die Bereiche Wohnen, Verkehr, Essen, Kleidung, Freizeit und Investitionen werden auf Nachhaltigkeit im täglichen Leben und bezüglich politischer Rahmensetzung beleuchtet. Als Ergebnis sollen für Entscheidungsträger Empfehlungen zu förderlichen Rahmenbedingungen für moderne nachhaltige Lebensstile der globalen Mittelschichten entwickelt werden.



Vorstellung des Klimaschutz-Index auf dem UN-Klimagipfel in Marrakesch, November 2016



Ausblick

Die neuen Teamziele (s. Abbildung oben) sind für die Zeit bis 2020 formuliert und bilden den Orientierungsrahmen für die Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik in den nächsten dreieinhalb Jahren. Die Aktionsfelder des Teams werden vielfältiger. Die UNFCCC-Verhandlungen werden weiterhin einen Schwerpunkt bilden, denn das Pariser Abkommen ist nur so gut wie seine Umsetzungsregeln – diese entscheiden mit darüber, ob die erforderliche regelmäßige Zielerhöhung gelingt und die erforderliche Unterstützung für die Verletzlichen organisiert werden kann. Nach Paris rückt vor allem die Umsetzung des Abkommens verstärkt in den Fokus, das heißt etwa weitere Foren wie die G20 und die Klimafonds, die für die Umsetzung der Vereinbarungen für Paris wichtig sind. Auch Rahmenbedingungen, welche die globalen Finanzflüsse in eine klimakompatible Richtung umlenken, werden ein Schwerpunkt des Teams sein. Vor allem aber wird die Arbeit an transformativen Partnerschaften verstärkt werden, mit denen konkret transformativer Wandel zur Erreichung der Pariser Klimaziele vorangetrieben wird. Zurzeit entwickelt das Team ein großes Vorhaben, das es ermöglichen würde, solche Partnerschaften für den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Afrika und Indien sowie für Klimarisikoversicherungen in Afrika zu begleiten.

MitarbeiterInnen

	Lutz Weischer Teamleiter		Sönke Kreft (bis 12/2016) Teamleiter		Jean Paul Brice Affana Referent für Klimafinanzierung und Entwicklung
	Julia Bingler (seit 03/2017) Referentin für klimagerechte Investitionen		Jan Burck (seit 06/2017) Referent für Klimaschutz und Energie		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Julia Grimm Referentin für Klimafinanzierung		Dr. Gerrit Hansen Referentin für Internationale Klimaschutzpolitik		Lisa Junghans (bis 12/2016) Referentin für Klimawandel, Anpassung & urbane Transformation
	Jens Klawitter Referent für Internationale Energiepolitik		Vera Künzel (seit 04/2017) Referentin für Anpassung an den Klimawandel und Menschenrechte		Marine Pouget (seit 04/2017) Referentin für Klimapolitik und Zivilgesellschaft in der MENA-Region
	Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement		Boris Schinke (bis 12/2016) Referent für Energie und Entwicklung		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Sicherheit
	Niklas Clement (seit 07/2017) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18		Marie Flatow (seit 07/2017) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2017/18		Marc Beckmann (bis 07/2017) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2016/17

Mit Unterstützung von: Dr. Will Frank, Dr. Manfred Treber, Dr. Winfried Zacher und Noah Walker-Crawford

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Martin Baumgarten, Adelaida von Chamier-Glisczinski, Aya El Alami, Asiedu Frimpong, Astrid Gläsel, Evelyn Knapwerth, Isabel Röder, Viktoria von Rosenberg, Anna Rudloff, Jaromir Simon, Leon Vollmer, Eva Wanek, Mario Wetzl

Verantwortlich seitens des Vorstands: Sven Harmeling, Silvie Kreibiehl, Prof. Dr. Reinhard Loske

Deutsche und Europäische Klimapolitik

Die deutsche und europäische Klimapolitik bewegt sich in Zeiten allgemeiner politischer Verunsicherung in schwierigem Fahrwasser. Nach Brexit, der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten und den erheblichen Wahlerfolgen rechtspopulistischer Parteien in z. B. Österreich, Frankreich und deutschen Bundesländern ist deutlich, dass ein "Weiter so" in die Sackgasse führen würde. Aber auf die zurecht kritisierten Probleme einer durch Politikversagen vorangetriebenen, ungezügelten Globalisierung sind Hass, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus die ganz falschen Antworten. Es ist – wenn man die Wahlprogramme der Rechtspopulisten etwa in den USA, in Deutschland oder Frankreich anschaut – auffallend, dass nicht nur die Leugnung des Klimawandels, sondern auch die Großtechnologien – insbesondere Atomkraft und Kohle – "Wahlverwandte" von autoritären und nationalistischen Ansätzen sind, während dezentrale erneuerbare Strukturen als Infrastruktur tendenziell eher zu demokratischen Tendenzen passen.

Donald Trumps Ankündigung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, hat bis jetzt zu keinem massiven Zurückfahren der Klimaschutzambition in der EU und Deutschland geführt. Dennoch werden die Folgen in Form billigen Öls und eventuell Erdgases auch in der EU vermutlich zu spüren sein. Die Notwendigkeit eines CO₂-Mindestpreises liegt damit noch mehr auf der Hand.

Gleichzeitig öffnet der Dieselskandal – nicht nur, aber insbesondere in Deutschland – endlich ein Möglichkeitsfenster für eine Debatte um den für die Demokratie und die wirtschaftliche Entwicklung hochproblematischen, viel zu großen Einfluss der Industrie auf die Politik. Die jahrzehntelange und teils fortwährende Arroganz vieler Akteure der deutschen Autoindustrie wird nun zumindest teilweise offensichtlich. Das verschafft der Politik – und damit auch der Zivilgesellschaft – neue Handlungsspielräume, die nun aber auch genutzt werden müssen.

Der Dieselskandal verdeutlicht aber auch den enormen Handlungsdruck, den die Notwendigkeit zur Treibhausgasneutralität aller Sektoren in wenigen Jahrzehnten inzwischen ausübt. Das Pariser Klimaabkommen hat diesen Prozess beschleunigt. Die Signale von Paris kommen trotz der Vogel-Strauß-Strategie von Trump und AfD immer mehr an in den einzelnen Parlamenten, Ministerien, bei Investoren und Ingenieuren. Die Debatte in weiten Teilen der Industrie in Deutschland und vielen anderen Ländern verändert sich gerade zusehends. Weg von einer angstgetriebenen Verhinderungshaltung hin zu einer Kooperationsstrategie, die Chancen der notwendigen Transformation sucht, um die nötigen Klimaziele noch erreichen zu können.

Kooperation für die Umsetzung der Pariser Klimaziele findet verstärkt auch zwischen Deutschland und anderen Partnerstaaten statt. All das sind gute Ansätze, die aber noch wesentlich gestärkt und beschleunigt werden müssen, damit Deutschland und die EU ihren Beitrag zum Erreichen dieser Ziele leisten können. Germanwatch arbeitet mit vollem Einsatz in Deutschland und Europa daran, Schmierstoff in diese Prozesse zu geben, Widerstände abzubauen und Lösungen für Blockaden zu finden. Das betrifft neben der Erreichung der deutschen Klimaziele – das für 2020 gesetzte droht krachend verfehlt zu werden – insbesondere die EU-Klimapolitik. Darüber hinaus engagiert sich Germanwatch dafür, die Dekarbonisierungs-Transformation in Partnerschaften beispielsweise mit EU-Nachbarländern auf dem Westbalkan und in Osteuropa kooperativ voranzubringen.

Leider schlagen sich die neuen Umdenk- und Kooperationsprozesse in Deutschland noch nicht in konkreten Emissionssenkungen nieder. Während die USA als Antreiber der Dekarbonisierung nach wenigen Jahren schon wieder weitgehend ausfällt, ist es für die weltweite Paris-Implementierung ein fataler Bärendienst, dass Deutschlands Emissionen seit fast zehn Jahren stagnieren, während sie in jüngster Zeit in China und anderen Ländern sinken. Die klimapolitische Glaubwürdigkeit Deutschlands wird immer stärker beeinträchtigt, denn immer sichtbarer wird auch in anderen Teilen der Welt, dass der Klimaschutz hierzulande trotz relativ ehrgeiziger Ziele kaum vorankommt.

Dekarbonisierung in Deutschland – sozial gerecht & an den Paris-Zielen orientiert

Mit der Verabschiedung des Klimaschutzplans 2050 im Herbst 2016 hat die Bundesregierung die ersten notwendigen Weichen zur Erreichung der langfristigen Klimaziele gestellt. Erstmals wurden konkrete Minderungsziele in den einzelnen Sektoren wie Energiewirtschaft, Verkehr oder Industrie für das Jahr 2030 festgelegt. Auch müssen jetzt die einzelnen Regierungsressorts erstmals Pläne entwickeln, wie das für sie gültige Sektorziel erreicht werden soll.

Germanwatch war intensiv in den vom Umweltministerium initiierten Begleitprozess zur Erarbeitung des Klimaschutzplans eingebunden und stellte einen von insgesamt vier zivilgesellschaftlichen Delegierten. Gemeinsam mit knapp 50 Organisationen erarbeitete Germanwatch im Vorfeld einen eigenen „Klimaschutzplan der Zivilgesellschaft“, der Schlüsselmaßnahmen zur Treibhausgasreduktion in jedem Sektor identifizierte und dem Regierungsplan Beine machen sollte.¹⁴

Der Energiewirtschaft kommt bei der Dekarbonisierung eine Schlüsselrolle zu. Erst wenn sie weitgehend ohne fossile Energien auskommt, können andere Sektoren wie Verkehr, Wärme oder Industrie, die zunehmend auf die Elektrifizierung setzen, klimaneutral werden. Daher hat sich Germanwatch im Berichtszeitraum für einen planvollen und sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2035 eingesetzt, wobei etwa die Hälfte schon bis spätestens 2025 umgesetzt sein muss. Spätestens im neuen Koalitionsvertrag muss es dazu klare Ansagen geben.

Stromnetze für die Energiewende

Der nach wie vor zu langsame Ausbau der Stromnetze in Deutschland hat inzwischen etwas Fahrt aufgenommen. Germanwatch hat sich hierfür seit vielen Jahren eingesetzt. Immer nach dem Motto: Soviel Netzausbau (und so schnell) wie für den Erfolg der Energiewende notwendig – aber auch, so wenig Netzausbau (und so schonend) wie möglich. Allerdings ist das Problem des Flaschenhalses Stromnetzausbau noch längst nicht überwunden. Auch in Europa bedarf es zwischen den Staaten zusätzlicher Anstrengungen, um durch mehr grenzüberschreitende Stromverbindungen die Kosten der Energiewende weiter zu senken und ihr Tempo zu beschleunigen. Eine Abfederung des Strompreisanstiegs in Europa kann in unruhigen Zeiten auch mithelfen, die Legitimität der EU und den Glauben in die Lösungskompetenz der Politik wieder zu stärken.

Nach erfolgreicher Akquise zusätzlicher Finanzmittel im Bereich Stromnetze kann Germanwatch verstärkt die notwendigen neuen Netzstrukturen für die Energiewende untersuchen und politisch vorantreiben und dabei auch über die Grenzen Deutschlands hinausblicken.

Für die Energiewende sind mit neuen (digitalen) Technologien ausgestattete, erweiterte Netze entscheidend. Es wird ein Netz gebraucht, das flexibel auf schwankende erneuerbare Stromerzeugung und sich ständig ändernden Verbrauch reagieren kann. Germanwatch erforscht mit PartnerInnen aus Wissenschaft und Wirtschaft, wie eine optimale Netzstruktur aussieht. Hierbei erarbeiten wir Vorschläge, wie Infrastrukturen ausgebaut werden können, die dem Klimaschutz und einer sicheren und kostengünstigen Stromversorgung dienen. Germanwatch nimmt dabei Aspekte wie Innovationspotentiale, gesellschaftliche Akzeptanz, Beteiligungsmöglichkeiten oder Ressourcenschutz in den Blick. In zwei Workshops mit Stromnetzbetreibern wurden beispielsweise Konflikte identifiziert und Lösungsvorschläge erarbeitet.

Der zähe Prozess der Stromnetzplanung hat nach dem zeitlichen Rückschlag durch die Neuplanung mit Erdkabeln nun bei den großen Nord-Süd-Trassen die Raumordnungsphase erreicht. Germanwatch hat sich bei den Antragskonferenzen als Träger öffentlicher Belange aktiv einge-

¹⁴ www.germanwatch.org/de/klimaschutzplan

bracht. Mit dem Erdkabelvorrang rücken völlig neue Konfliktfelder beim Stromnetzausbau in den Mittelpunkt: Bodenschutzkonzepte, Drainagen, hydrogeologische Veränderung und die Erhaltung von Wäldern und Naturräumen.

Germanwatch engagiert sich weiterhin – im Vorstand und auf Arbeitsebene - in der Renewables Grid Initiative (RGI), einer gemeinsamen Initiative von europäischen NGOs und Übertragungsnetzbetreibern. Ziel ist es, den Um- und Ausbau der Stromnetze so voranzubringen, dass Erneuerbare Energien schnellstmöglich integriert werden können. Im Rahmen des neu anlaufenden Projektes "Debatte Stromnetze gestalten" bringt Germanwatch sein spezifisches Wissen aktiv in Netzentwicklungsprojekte mit dem Ziel ein, dass transparentere und partizipativere Verfahren zur Trassenplanung angewandt werden.

Verkehrswende

Besonders problematisch für das Erreichen der Klimaziele ist, dass die Bundesrepublik bei der Emissionssenkung im Verkehr seit 1990 nicht einen Meter vorangekommen ist. Der jahrzehntelange politische Schutz der Autoindustrie droht nun wegen fehlender Innovationen nicht nur zum klimapolitischen, sondern auch zum industriepolitischen Desaster zu werden. Germanwatch hat immer wieder den nach dem Paris-Abkommen beschlossenen Bundesverkehrswegeplan 2030 kritisiert. Dieser ignoriert, als eines der größten Investitionsprogramme Deutschlands, die klimapolitischen Vorgaben des Abkommens weitestgehend. Die Emissionen des Flugverkehrs wachsen sogar weiterhin.

Das von Germanwatch in den letzten zwölf Monaten zur Beschleunigung der Verkehrswende zentral angegangene Thema war das auf der Kabinettsitzung Mitte November 2016 im Rahmen des Klimaschutzplans 2050 beschlossene Sektorziel 2030 im Verkehr von minus 42 bis 40 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990. Germanwatch hat in Vorträgen und in den Medien vielfach dafür geworben, dass die Politik jetzt schnell einen Masterplan 2030 entwickeln müsse, um das Ziel erreichen zu können.

Sage und schreibe 18 Jahre hatte die internationale Luftfahrtorganisation ICAO verstreichen lassen, um die ihr vom Kyoto-Protokoll auftragene Aufgabe anzugehen, die Emissionen des internationalen Flugverkehrs zu beschränken und zu senken.¹⁵ Das ist mit dem Beschluss für ein politisches Instrument (CORSIA) im Oktober 2016 nun passiert. CORSIA ist noch bei weitem nicht ambitioniert genug, aber immerhin ein Anfang.¹⁶ Germanwatch hat gemeinsam mit anderen deutschen Umweltverbänden für eine ambitioniertere Übereinkunft geworben, die Ergebnisse in Deutschland bewertet und an Öffentlichkeit und Politik kommuniziert.

Industrietransformation

Die deutsche Industrie ist im Vergleich mit anderen Ländern aufgrund ihrer Struktur besonders energieintensiv und setzt hohe Treibhausgasemissionen frei. Ihre notwendige Umstellung auf null Emissionen bis 2050 ist deshalb eine anspruchsvolle Aufgabe. Bisher haben sich viele Akteure der energieintensiven Industrie vor allem für ein Abbremsen der ihre Unternehmen betreffenden Klimapolitik hervorgetan. Bei der Verhinderung von ordnungspolitischen Ansätzen (Wärmenutzungsverordnung), bei der Einführung der ökologischen Steuerreform in Deutschland und einer CO₂-Steuer in der EU sowie zuletzt bei der weitgehend erfolgreichen Verhinderung einer ambitionierten Reparatur des Emissionshandels. Bei neuen Regeln für die Industrie war darum Deutschland EU-weit bis jetzt Klimaschutzbremser Nummer 1. Doch das Klimaabkommen von Paris, der daraus resultierende deutsche Klimaschutzplan 2050 und die Aussicht auf schwer abwendbar

¹⁵ www.germanwatch.org/de/12827

¹⁶ www.germanwatch.org/de/12884

höhere Preise im Emissionshandel, spätestens in den 2030er Jahren, führen jetzt zu einem Umdenken in Teilen der Industrie. Immer mehr Akteure wollen nicht mehr v. a. Teil des Problems sein, sondern so Teil der Lösung werden, dass dies auch industriepolitische Chancen generiert. Germanwatch hat zu diesem Paradigmenwechsel u. a. in unzähligen kritisch-konstruktiven Einzelgesprächen mit Industrievertretern, auf Veranstaltungen und in größeren Gesprächsrunden sowie durch das Anregen von Statements aus der Wirtschaft beigetragen und destruktive Verhinderungskampagnen aus Teilen der Industrie – auch gemeinsam mit anderen Unternehmen – heftig kritisiert.

Im Zusammenhang mit den anspruchsvollen Zielen des Pariser Abkommens wird – etwa in Verbindung mit industriellen Prozessemissionen – auch der Einsatz von Technologien diskutiert, die gesellschaftlich umstritten sind. Germanwatch hält nach dem derzeitigen Kenntnisstand CCS (CO₂-Abscheidung und -Speicherung) nur im Bereich der Prozessemissionen (Stahl und Zement) für notwendig. CCU (CO₂-Abscheidung und -Nutzung) kann eine wichtige Zukunftsoption werden, wenn es gelingt, Kohlenstoff so im Kreislauf zu führen oder sogar aus der Atmosphäre zu entziehen: etwa über den Einsatz von Carbonfasern, die viele Stahl- und Zementanwendungen ersetzen könnten. Jede Form von CE (Climate Engineering), das den Strahlungshaushalt der Atmosphäre direkt verändert, lehnt Germanwatch kategorisch ab. Germanwatch hat auch im Berichtszeitraum an verschiedenen wissenschaftlichen Diskursen um diese Themen aktiv teilgenommen.

EU-Klimapolitik als europäischer Integrationsanker

Deutschland ist für die EU-Klimapolitik traditionell Zünglein an der Waage. Ohne nachdrückliche Unterstützung aus Berlin sind klimapolitische Vorhaben in Brüssel kaum durchsetzbar. Wie sich Berlin positioniert, entscheidet damit auch maßgeblich über die Klimaambition in den anderen EU-Mitgliedsländern. Zudem gilt, dass eine ambitionierte EU-Klimapolitik die Legitimität der EU als Ganzes und die Zusammenarbeit im Staatenbündnis stärken kann.

Germanwatch setzt sich daher seit vielen Jahren dafür ein, dass die Bundesregierung gegenüber den anderen Mitgliedsstaaten und den Institutionen in Brüssel aktiv ehrgeizige Positionen vertritt. Beispiele im Berichtszeitraum sind die Reparatur des Emissionshandels und die nach Paris noch zwingender nötige Anhebung der EU-Emissionsziele für 2030 und 2050. So hat Germanwatch zusammen mit Partnerorganisationen in Briefen an Abgeordnete des Europäischen Parlaments und in Medienkommentaren mehrfach vor einer laschen Reparatur des Emissionshandels gewarnt, um den Ausstieg aus der Kohle und eine Transformation der Industrie voranzutreiben. Dabei gilt es durchaus die Wettbewerbsargumente der Industrie und den Forschungsbedarf auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität ernst zu nehmen. Doch spätestens seit Paris ist klar: Wenn die Politik zu spät den Rahmen für die notwendige Transformation setzt, verspielt sie die Zukunftschancen der Industrie.

Dekarbonisierungszusammenarbeit mit Mittelosteuropa

Ohne verstärkte Kooperation und Solidarität zwischen den west- sowie nordeuropäischen EU-Mitgliedern auf der einen und Polen sowie anderen Staaten Mittelosteuropas auf der anderen Seite wird eine ehrgeizigere EU-Klimapolitik schwer umsetzbar sein. Insbesondere eine intensiviertere polnisch-deutsche Kooperation in Sachen Klimaschutz wäre in vielerlei Hinsicht wertvoll. So haben etwa beide Länder eine überholungsbedürftige Stromnetzinfrastuktur. Polen hat ein Interesse am Umbau auf Elektromobilität und Energieeffizienz. Germanwatch ist im Austausch mit relevanten polnischen Akteuren aus NGOs und Think Tanks und hat wiederholt Medienhintergrundgespräche, auch mit polnischen JournalistInnen, geführt.

Gemeinsame Klima- und Energiesicherheit im erweiterten Europa

Angesichts der fragilen Situation in Teilen Nordafrikas, neuer Spannungen auf dem Balkan und des Konflikts in der Ukraine wird es aus unserer Sicht immer wichtiger, die Länder in der EU-Nachbarschaft bei der Entwicklung wirtschaftlicher Perspektiven zu unterstützen. Diese sollen einerseits stabilisierend wirken, aus der Falle der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern führen und andererseits in die Modernisierung, im Sinne einer klimaneutralen Wirtschaft der Zukunft, investieren. Das gilt auch für Deutschlands wichtigsten Energielieferanten Russland.

Germanwatch entwickelt momentan in diesem Sinne mehrere neue Projekte. Unter anderem wollen wir zusammen mit ukrainischen PartnerInnen in den kommenden Jahren eine Niedrigemissions-Entwicklungsperspektive – mit mehr Energiesicherheit, zukunftsfähigen Arbeitsplätzen und bezahlbarer Energie für den derzeit noch von Kohle abhängigen Donbass – vorantreiben.



Germanwatch in Kramatorsk (Donbass) bei Fuhrländer Windtechnology, Juli 2016 – Foto: Aleksey Ryabchin

Koalitionen für eine sozial gerechte und wirtschaftlich erfolgreiche Transformation

Kooperation mit Unternehmen

Getreu unserem Motto "Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig" kooperiert Germanwatch mit Einzelunternehmen und Wirtschaftsverbänden, die für die Klimatransformation relevant sind. Allerdings nur solange diese Partner die Transformation tatsächlich konstruktiv voranbringen wollen. Da Germanwatch Spenden von Unternehmen allenfalls in marginalem Umfang erhält – und dies von kritischen Branchen kategorisch ablehnt – können wir hier mit großer Unabhängigkeit auftreten.¹⁷ Insbesondere kooperieren wir mit Unternehmen und Unternehmensverbänden, die Vorreiter für das Klimathema sind, etwa mit der Stiftung 2 Grad. Erstmals ist Germanwatch in Bezug auf die klimapolitischen Vorschläge für die G20 auch eine Kooperation mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) sowie dem Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) eingegangen. Der BDI unterstützte auf dieser internationalen Ebene sehr ambitionierte Forderungen, während die Positionen bei der nationalen und europäischen Umsetzung weit voneinander entfernt sind. Auch mit Finanzmarktakteuren wie der Allianz hat Germanwatch im letzten Jahr intensive Dialoge geführt, um nach der Divestment-Entscheidung von 2015, bei der Germanwatch im Vorfeld auch in die Diskussionen eingebunden war, das Geschäftsmodell weiter klimaverträglich zu transformieren: hier hatte die Allianz entschieden, ihre Investitionen aus Unternehmen, die zu mehr als 30 % in Kohle investiert sind, abzuziehen.

¹⁷ Siehe unsere Leitlinien für Kooperationen und Dialoge mit Unternehmen und Unternehmensverbänden, www.germanwatch.org/de/3460

Germanwatch arbeitet daran, Unternehmen von der Entwicklung von neuen Geschäftsmodellen zu überzeugen, die mit den Klimazielen verträglich sind. In einem Stromnetzprojekt arbeiten wir mit zehn Partnern aus der Wirtschaft zusammen. Wir unterstützen die kooperative Entwicklung von zukunftsfähigen Geschäftsmodellen durch die Entwicklung von ökologischen und sozialen Kriterien.

Germanwatch hat zudem einen Workshop zum Thema "Energiewende und Digitalisierung" mitgestaltet und eine Konferenz mit 60 Teilnehmenden zum Thema "Geschäftsmodelle für die Energiewende" organisiert. Auch wurde der Bericht "Grüner Investitionsschub in Europa"¹⁸ mit Empfehlungen zur Rolle der Digitalisierung, der Übertragungsnetzbetreiber, institutioneller Investoren und der Energieversorgungsunternehmen veröffentlicht. Zugleich sind wir mit vielen – oft lokalen und regionalen Initiativen – im Dialog, die Wirtschafts- und Lebensformen entwickeln wollen, die uns von unabhängiger machen von Strukturen, die vom Konsumwachstum getrieben sind.

Zivilgesellschaftliche Allianzen

Germanwatch hat auch in diesem Berichtszeitraum mit viel Einsatz die Koordinierung der Zivilgesellschaft in Deutschland und Europa in Bündnissen unterstützt, wie z. B. in der Klima-Allianz (Mitglied im Steuerungskreis) oder bei Climate Action Network Europe. Des Weiteren steht Germanwatch im intensiven Dialog mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Kirchen, um gemeinsam die Chancen und Risiken von Energiewende und Dekarbonisierung zu diskutieren und konstruktive Lösungsansätze gemeinsam voranzubringen.

Ausblick

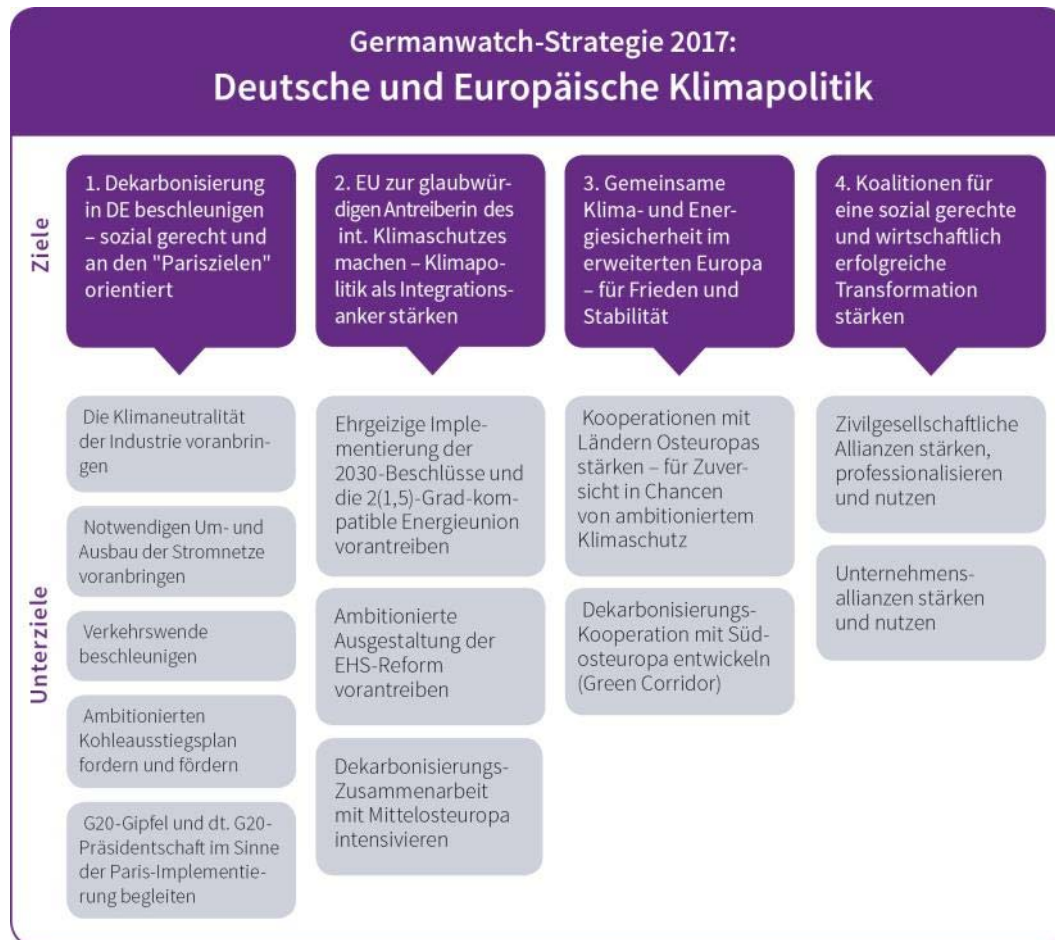
Die nächste Bundesregierung muss sich entscheiden: Will sie die Umsetzung von Paris zum Innovationsmotor in Deutschland machen? Konkret bedeutet dies, die klimapolitische Geschwindigkeit zu vervierfachen, soll das 2030-Klimaziel erreicht werden. Oder will sie akzeptieren, dass die Trump-Regierung den deutschen klimapolitischen Stillstand als Argumentationshilfe gegen Paris nutzt? Der G20-Gipfel in Hamburg im Sommer 2017 lieferte dafür einen Vorgeschmack.

Germanwatch wird sich im kommenden Jahr intensiv einsetzen für einen zügigen Kohleausstieg, den Einstieg in eine ernsthafte Verkehrswende, die Transformation der deutschen Industrie in Richtung Klimaneutralität, die Beschleunigung von Netzausbau und Wärmewende, für ehrgeizigere EU-Klimaziele sowie für mehr Klimakooperation mit Frankreich, Mittelosteuropa, Südeuropa sowie den Staaten der EU-Nachbarschaft einschließlich Russland. Die Handlungsfähigkeit Deutschlands und der EU gegenüber der globalen Klimakrise soll gestärkt werden – ebenso wie die der einzelnen Menschen und Gruppen. Insbesondere die Energie-, Landwirtschafts- und Waldwende¹⁹ bietet zudem die Möglichkeit, die Handlungsfähigkeit der Menschen vor Ort zu stärken, da insbesondere in diesen Sektoren gilt: "So dezentral wie möglich, so zentral wie nötig".

Die nächste Legislaturperiode entscheidet bereits maßgeblich, ob Deutschland sein 2030-Emissionsziel erreichen kann. Bereits im Koalitionsvertrag muss verankert werden, dass die im Klimaschutzplan festgehaltenen Sektorziele mit Maßnahmen unterlegt werden und der schrittweise und sozialverträgliche Ausstieg aus der Kohle bis 2035 beschlossen wird.

¹⁸ www.germanwatch.org/de/13120

¹⁹ Die Kombination von Schutz und Nutzung der Wälder vor Ort wird eine zentrale Aufgabe bei der Umsetzung des Paris-Abkommens. Je mehr die Weltgesellschaft den globalen Temperaturanstieg auf unter 1,5°C und nicht nur 2 °C beschränken will, desto stärker wird vermutlich die Nutzung der Wälder (Bioenergie, Vergasung von Lignocellulose (Holz), Fasernutzung usw.) in den Vordergrund geraten. Dabei muss hier – wie in den Bereichen Energie und Landwirtschaft – gelten: "Dezentral wo möglich, global wo nötig." Dieses Prinzip ermöglicht die politische Handlungsfähigkeit lokal zu stärken, Schutzinteressen für Menschenrechte und Natur ausreichend stark zu gewichten, aber auch die regionale Nutzung der Waldprodukte mit ihrer Wertschöpfung und ökologischen Vorteilen gegenüber internationaler Nutzung in den Vordergrund zu stellen. Die Notwendigkeit einer Waldwende wird neben der Energie- und Landwirtschaftswende verstärkt in den Vordergrund geraten.



MitarbeiterInnen

	Oldag Caspar Teamleiter		Jan Burck (bis 05/2017) Teamleiter		Franziska Marten Referentin Klimaschutz-Index
	Tobias Pforte-von Randow Referent für Klima und Arbeit		Dr. Eva Schmid (seit 04/2017) Referentin für Stromnetze und Klimapolitik		Dr. Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent
	Hendrik Zimmermann Referent für Energiewende und Geschäftsmodelle		Insa Ahlers (bis 08/2017) Freiwilliges Ökologisches Jahr 2016/17		Thea Uhlich (bis 07/2017) Freiwilliges Soziales Jahr im Politischen Leben 2016/17

Mit Unterstützung von: Lea Grosse-Vorholt, Noah Walker-Crawford, Dr. Winfried Zacher

PraktikantInnen und weitere UnterstützerInnen im Berichtszeitraum: Andrea Dertinger, Gabriele Motta, Svenja Puls, Katinka Reichardt, Andrea Wiesholzer

Verantwortlich seitens des Vorstands: Prof. Dr. Reinhard Loske, Silvie Kreibiehl

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die Risiken einer durch gezielte Politikansätze deregulierten Wirtschaft sind im letzten Jahr auch in der Agrar- und Handelspolitik überdeutlich geworden. Die durch das Ende der europäischen Marktordnung für Milch ausgelöste mehrjährige Preiskrise konnte nur mit Hilfe erneuter staatlicher Eingriffe halbwegs unter Kontrolle gebracht werden. Und die "vergessenen" VerliererInnen der immer stärker liberalisierten Handelspolitik haben stark zum Zuwachs national-populistischer Stimmungen beigetragen, der in den USA Donald Trump zur Macht verholfen hat. Dieser Entwicklung mit Konzepten einer intelligenten Re-Regulierung von Märkten zu begegnen, die zugleich alte Fehler staatlicher Intervention vermeidet, sehen wir als eine der wichtigen Zukunftsaufgaben von Germanwatch.

Deutsche und EU-Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Nach einigen Verzögerungen ist es im Frühjahr 2017 gelungen, den Großteil der Finanzierung für ein mehrjähriges Projekt zu Agrarpolitik und den Globalen Zielen für Nachhaltige Entwicklung (SDGs) der Vereinten Nationen sicherzustellen. Dabei werden Vorschläge erarbeitet, wie die europäische Agrarpolitik so gestaltet und umgesetzt werden kann, dass sie in Europa und seinen Partnerländern dazu beiträgt, die SDGs zu verwirklichen. Ein zentrales Instrument ist dabei die Kohärenz der Ziele und Instrumente zwischen Agrar- und Entwicklungspolitik. In Diskussionsveranstaltungen und Kommentaren zum Entwurf eines "Marshallplans"²⁰ haben wir dies deutlich gemacht und sind dabei auf überwiegend positive Resonanz in der Bundesregierung gestoßen.

Ein wichtiger Teil des Problems ist die Ernährungsindustrie. Sie hält das traditionelle Bild einer heilen Landwirtschaft aufrecht, weil es den Kundinnen und Kunden ein gutes Gefühl gibt und sie beruhigt. Viele wissen nicht, dass weite Teile des Ernährungssektors zwischen wenigen Konzernen aufgeteilt sind. Und der Trend zur Machtkonzentration geht weiter. Übernahmen wie von Monsanto durch Bayer oder die Aufteilung der Märkte von Kaiser's/Tengelmann zwischen Rewe und Edeka sind nur die Spitze des Eisberges. Auf allen Stufen der Lieferkette vom Acker bis zur Ladentheke finden Konzentrationsprozesse mit einer enormen Dynamik statt. Und es zeigt sich, dass die größten Player am schnellsten wachsen und ihre Interessen und Normen durchsetzen. Mit dem Konzernatlas 2017 haben wir gemeinsam mit Partnern und großem Echo kritisiert, dass im Ernährungssektor immer weniger Konzerne immer mehr Marktanteile übernehmen und auf der anderen Seite in vielen Regionen der Welt die Zivilgesellschaft, die sich diesen Entwicklungen entgegenstemmt, zunehmend eingeschüchtert wird.

Aus einer umfassenden Analyse der Schwächen der derzeitigen Agrarpolitik²¹ haben wir zudem erste Ideen für eine grundlegende Umgestaltung skizziert.²² Die Grundidee ist, die Transparenz für VerbraucherInnen zu erhöhen, indem bei allen Lebensmitteln klar gekennzeichnet wird, inwieweit sie nachhaltig erzeugt wurden. Gleichzeitig werden Betriebe durch öffentliche Gelder dabei unterstützt, umwelt- und tierfreundlicher zu erzeugen und damit in eine höhere Kennzeichnungskategorie zu gelangen. So sollen die von VerbraucherInnen geäußerten Präferenzen leichter in Kaufentscheidungen und damit Einkommen für bäuerliche Betriebe umgesetzt werden. Staatliche Förderung unterstützt die Betriebe dabei, sich umzustellen. Wenn es gelingt, eine zukunftsfähige Landwirtschaft lohnenswert zu machen und gute Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen oder im ersten Schritt abzusichern, ist dies auch ein wichtiger Baustein, um den Rechtspopulismus

²⁰ www.germanwatch.org/de/13581 und www.germanwatch.org/de/13516

²¹ www.germanwatch.org/de/13340

²² www.germanwatch.org/de/14192

einzu-dämmen, der oft in "abgehängten" ländlichen Gebieten besonders stark ist. Die Möglichkeit, den eigenen Lebensraum konstruktiv zu gestalten und Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken, sind hierfür wichtige Politikansätze.

Grundlegende Reform der Tierhaltung

Die höhere Zahlungsbereitschaft vieler VerbraucherInnen für nachhaltig erzeugte Lebensmittel besser auszunutzen und mit staatlichen Anreizen andere Erzeugungsformen zu fördern, ist ein zentraler Ansatz, um die Probleme der hochintensiven industriellen Landwirtschaft einzudämmen. Dies allein wird aber nicht ausreichen. Mit wirksamen Regeln müssen akute Missstände schnell beseitigt werden. Im letzten Jahr haben wir gegen die anhaltende Belastung des Wassers mit Nitratüberschüssen aus der Tierhaltung und den routinemäßigen Einsatz von Antibiotika in Ställen Teilerfolge erzielen können. Die Bundesregierung verabschiedete Anfang des Jahres ein neues Düngerecht, mit dem Nährstoffüberschüsse in Betrieben und Regionen besser erfasst werden können, und die G20 vereinbarten bei ihrem Gipfel in Hamburg im Juli 2017 erste Schritte, um den Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung zu begrenzen. In beiden Fällen sind die Beschlüsse aber noch nicht ausreichend wirksam – und sie müssen zudem erst umgesetzt werden. Die Agrarindustrie und ihre Verbände verhindern als Lobbymacht immer noch die notwendigen mutigen Schritte. Um die Blockade zu überwinden, haben wir unsere Zusammenarbeit mit den Wasserwerken ausgebaut. Auf dieser Basis entstand eine ungewöhnliche Allianz aus Wasserwerken, ver.di, Deutscher Naturschutzring, Greenpeace und Anderen für eine gemeinsame Petition für ein wirksames Düngerecht.²³ Ein neues Projekt in Zusammenarbeit mit der Universität Göttingen ermöglicht es, Akteure an einen Tisch zu bringen, die Alternativen zum Antibiotikaeinsatz suchen. Im Oktober 2017 wird die internationale Auftaktkonferenz dazu stattfinden.



Globale Märkte stärker regulieren

Aufgrund fehlender Finanzmittel für diesen Bereich können wir uns weiter nur punktuell in die Debatte um die Zukunft der Handelspolitik einbringen. Erfolgreich ist dies mit einer internationalen Konferenz zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zwischen der EU und verschiedenen afrikanischen Regionen im Juni 2017 in Berlin gelungen. Eine Reihe afrikanischer ExpertInnen verdeutlichte die Schwächen der bislang verhandelten Abkommen.²⁴ Bereits zuvor hatten wir in einem gesonderten Kommentar zum Entwurf des Marshallplans mit Afrika auf existierende Widersprüche hingewiesen, nämlich zwischen den auf De-Regulierung und einen Wettbewerb zwischen sehr unterschiedlich ausgestatteten AkteurInnen angelegten Handelsabkommen einerseits und der für eine nachhaltige Entwicklung Afrikas notwendigen aktiven Agrar- und Industriepolitik andererseits.²⁵ In einem öffentlichen Dialog mit dem Zivilgesellschaftsbündnis C20, an dem Germanwatch aktiv beteiligt war, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel im Umfeld des Hamburger G20-Gipfels Probleme mit den EPAs anerkannt und sich bereit erklärt, beim EU-Afrika-Gipfel im November 2017 über eine Neuausrichtung der Handelsbeziehungen zu sprechen.

²³ www.guelleverschmutzung-stoppen.de

²⁴ www.germanwatch.org/de/14079

²⁵ www.germanwatch.org/de/13516

Für eine Neugestaltung der internationalen Handelsbeziehungen insgesamt gibt es bislang aber bei der Bundesregierung und der EU-Kommission keine Bereitschaft. Im Gegenteil sollen Liberalisierungsabkommen, die sich nicht nur auf Güter, sondern gerade auch auf die mit vielen Problemen versehenen Dienstleistungsmärkte beziehen, mit einer Reihe von Ländern und Regionen vorangetrieben werden. Auch in der Welthandelsorganisation (WTO) soll weiter dereguliert werden. Hier wollen wir noch stärker aktiv werden.

In den vergangenen Monaten ist es gelungen, die Medienpräsenz dieses Teams deutlich zu erhöhen.



Germanwatch mittendrin im Einsatz gegen CETA und TTIP auf der Demonstration in Köln, September 2017



Ausblick

Im nächsten Jahr werden wir unsere Aktivitäten für eine Agrarpolitik, die eine Umsetzung der 2030-Agenda befördert, verstärken: Sowohl durch eine Studie, die Wasser und Wertschöpfungsketten in der Landwirtschaft analysiert, als auch durch die Produktion eines Kurzfilms, der die Probleme einer exportorientierten Landwirtschaft in Nord und Süd veranschaulicht.

Im Oktober 2017 veranstalten wir die bereits erwähnte internationale Tagung zu antibiotikafreier Fleisch- und Milcherzeugung – mit Vorträgen aus Wissenschaft, Medizin, Agrar- sowie Lebensmittelwirtschaft und Politik. Im Jahr 2019 wird die Antibiotikadatenbank für Nutztiere überprüft. Unsere Recherchen zu Antibiotikaresistenzen in Tierhaltungen zielen darauf ab, die Haltungssysteme mit dem geringsten Antibiotikabedarf zu identifizieren und Agrarbetriebe bei der Umstellung zu unterstützen – mit weitreichenden Reformen der Landes- Bundes- und EU-Agrarpolitik. In Zusammenarbeit mit Medien betonen wir zunehmend Prognosen der UNO, laut denen der Antibiotikaeinsatz in Tierhaltungen bis 2030 in Schwellenländern verdoppelt werden wird; vor allem wegen der Ausweitung und der Industrialisierung der Tierhaltung und im Widerspruch zur 2030-Agenda.

Um die weiterhin hohe Belastung der Gewässer in Deutschland insbesondere mit Nitrat anzugehen, werden wir die Zusammenarbeit mit den Wasserwerken und weiteren Partnern ausbauen, damit die EU-Wasserschutzrichtlinie konsequent angewandt und der Wandel in der Tierhaltung vorangebracht wird.

Um die Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik voranzutreiben, werden wir in der Arbeitsgruppe "Handel" im Forum Umwelt und Entwicklung an einer Analyse der EU-Handelsstrategien und -mandate mitarbeiten. Voraussichtlich werden wir auch bei der 11. WTO-Ministerkonferenz im Dezember 2017 in Buenos Aires vertreten sein, um mit Zivilgesellschaft und Regierungsdelegationen über eine Reform des Handelssystems zu diskutieren, die der Umsetzung der SDGs dient.

MitarbeiterInnen



Tobias Reichert
Teamleiter



Reinhild Benning
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung



Sarah Klingenberg
(bis 07/2017)
Freiwilliges Ökologisches
Jahr 2016/17

Mit Unterstützung von: Julia Dennis (Bundeskanzlerstipendiatin der Alexander von Humboldt Stiftung) und Clara Baumann

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Anne Fröhlich, Charlotte Gengenbach

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Tilman Santarius (bis Dez. 2016), Michael Windfuhr, Klaus Milke

Unternehmensverantwortung

Eines der Hauptziele von Germanwatch ist es zu erreichen, dass Unternehmen aus Deutschland bei ihrer globalen Geschäftstätigkeit die Menschenrechte achten sowie Sozial- und Umweltstandards einhalten. Mit ihrem Kerngeschäft sollen sie zur Lösung von zentralen Herausforderungen beitragen und diese nicht verschärfen. Um das zu erreichen, adressieren wir nicht nur die Unternehmen direkt, sondern setzen uns insbesondere auf politischer Ebene für entsprechende Rahmensetzungen ein. Dabei nutzen wir bestehende Zeitfenster und Debattenstränge, um wirksame Regulierungen voranzutreiben und bringen konkrete Politikvorschläge ein. So wollen wir dazu beitragen, die Handlungsfähigkeit der Politik für die notwendige menschenrechtsbasierte Transformation zu stärken. Zentrale Forderungen treiben wir nicht nur als Germanwatch, sondern auch intensiv im Rahmen von Netzwerken voran und sehen es auch als eine wichtige Aufgabe, die Arbeit dieser Netzwerke zu stärken und strategisch weiterzuentwickeln.

Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht verankern

Zukunftsfähiges Wirtschaften bedeutet für Germanwatch unter anderem, dass Unternehmen weltweit menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards einhalten, dass die deutsche Bundesregierung entsprechende Rahmensetzungen vorgibt und dass Betroffene sich gegen Menschenrechtsbeeinträchtigungen und Umweltverschmutzungen durch Unternehmen auch vor deutschen Gerichten zur Wehr setzen können. Aus diesem Grund wollen wir, dass im deutschen Recht eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen verankert wird. Im Vorfeld der Bundestagswahl haben wir zusammen mit anderen NGOs dazu den Dialog mit den demokratischen Parteien aufgenommen. Mit einigem Erfolg: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke setzen sich jeweils in ihren Wahlprogrammen für die Bundestagswahl 2017 für gesetzliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen ein.

Damit auch NichtjuristInnen unseren im Frühjahr 2016 veröffentlichten Gesetzesvorschlag für ein deutsches Sorgfaltspflichtengesetz besser verstehen und unterstützen können, haben wir zusammen mit Amnesty International, Brot für die Welt und Oxfam ein Papier verfasst, welches zentrale Fragen zum Gesetzesentwurf einfach erklärt.²⁶ Die englische Version ist ein Beitrag für den angeregten strategischen Austausch über europäische Gesetzgebungsinitiativen im ECCJ-Netzwerk (s. u.). Denn in einigen Nachbarländern ist die Entwicklung schon weiter. So hat Frankreich im März 2017 ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verabschiedet. Einen Abgeordneten aus dem französischen Parlament, der dort das Gesetz maßgeblich vorangetrieben hat, haben wir im März nach Deutschland eingeladen, um dieses Gesetz sowohl Abgeordneten der SPD sowie der CDU als auch der Bundesregierung vorzustellen.

Unternehmenstransparenz einfordern

Ein weiterer Baustein für ein zukunftsfähiges Wirtschaften ist Transparenz. Nur wenn Unternehmen zeigen und darüber kommunizieren, mit welchen Verfahren und welcher Wirkung sie bei ihren Geschäftstätigkeiten weltweit die Menschenrechte achten, welche Zielmarken sie sich gesetzt haben, um zum Erreichen der Klimaziele beizutragen oder wie genau sie die globalen Nachhaltigkeitsziele in ihr Geschäftsmodell integrieren wollen, können Stakeholder – seien es etwa die Zivilgesellschaft, Medien oder Investoren – nachvollziehen und bewerten, wie ernst es dem Unter-

²⁶ Fragen und Antworten zum Sorgfaltspflichtengesetz: www.germanwatch.org/de/13618

nehmen mit diesen Anliegen ist. Politischer Anknüpfungspunkt war die anstehende Umsetzung der sogenannten CSR-Richtlinie der EU in deutsches Recht. Das Justizministerium hatte im Berichtszeitraum einen Umsetzungsentwurf erarbeitet und dazu Stellungnahmen aus der Fachöffentlichkeit eingeholt. Auch Germanwatch hat sich an diesem Prozess beteiligt.²⁷ Am 7. November 2016 wurde der Umsetzungsentwurf im Rechtsausschuss des deutschen Bundestages diskutiert. Wir waren als ExpertInnen seitens der Zivilgesellschaft eingeladen, um den Entwurf zu bewerten. Das aus unserer Sicht deutlich zu schwache Umsetzungsgesetz ist im April 2017 in Kraft getreten. Es betrifft nur bestimmte kapitalmarktorientierte Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten, die über wesentliche Risiken ihrer Tätigkeit für Menschen- und Arbeitnehmerrechte sowie die Umwelt berichten müssen. Durch diese Einschränkungen sind in Deutschland nur etwa 550 Großunternehmen vom Gesetz erfasst. Positiv ist aus unserer Sicht, dass zum ersten Mal Unternehmen überhaupt über wesentliche Menschenrechts- und Umweltrisiken auch entlang ihrer Geschäftsbeziehungen berichten und Konzepte zum Umgang mit diesen Risiken darlegen müssen.

Menschenrechte global schützen und lokal umsetzen

Nationalen Aktionsplan wirksam voranbringen

Der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte bildete einen Schwerpunkt unserer Arbeit im Team Unternehmensverantwortung. Bis Jahresende 2016 haben wir noch mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie mit Lobbyarbeit versucht, Einfluss auf einen ambitionierten Aktionsplan zu nehmen. In der letzten Kabinettsitzung vor Weihnachten verabschiedete die Bundesregierung schließlich am 21.12.2016 den Nationalen Aktionsplan. Im Rahmen einer Kooperation von CorA-Netzwerk, Forum Menschenrechte und VENRO war Germanwatch maßgeblich an einer umfangreichen Kommentierung des NAP beteiligt.²⁸ Wir hätten uns auch den NAP viel weitreichender gewünscht, versuchen nun aber zumindest, eine bestmögliche Umsetzung zu erreichen. Dazu haben wir innerhalb der NGOs die strategische Debatte zur Umsetzung des NAP maßgeblich vorangetrieben und in verschiedener Hinsicht geprägt. In der neu eingerichteten Arbeitsgruppe „Wirtschaft und Menschenrechte“ innerhalb des CSR-Forums der Bundesregierung ist Germanwatch mit Mandat des Forums Menschenrechte beteiligt.



Das CorA-Netzwerk, das Forum Menschenrechte und der Dachverband VENRO fordern mit ihren Mitgliedsorganisationen wie Germanwatch vor der BDI-Jahreskonferenz einen ambitionierten Nationalen Aktionsplan, Oktober 2016 – Foto: Jörg Farys/Die Projektoren

²⁷ www.germanwatch.org/de/13595

²⁸ www.germanwatch.org/de/13252

Watchbericht: Am Beispiel Energiewirtschaft Handlungsbedarf für Wirtschaft und Menschenrechte aufzeigen

Ein halbes Jahr nach Verabschiedung des NAP hat Germanwatch gemeinsam mit Misereor eine umfangreiche Studie veröffentlicht, die am Beispiel der Energiewirtschaft untersucht, inwiefern die deutsche Politik und deutsche Unternehmen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen.²⁹ Die Studie zeigt auf, dass sowohl auf politischer Ebene als auch bei den Unternehmen noch großer Handlungsbedarf besteht. Sie verdeutlicht dies u. a. mit Blick auf Unternehmen im öffentlichen Eigentum, die Außenwirtschaftsförderung sowie die Handels- und die Klimapolitik. Zudem haben Germanwatch und Misereor in diesem Rahmen über 30 Unternehmen aus dem Energiesektor befragt und außerdem über zehn Fälle dokumentiert, in denen deutschen Unternehmen eine Mitverantwortung für menschenrechtliche Problemsituationen vorgeworfen wird. Im Bericht haben wir auch Schlussfolgerungen für die anstehende Umsetzung des NAP gezogen; u. a. in Bezug auf das vorgesehene Monitoring, ob bis 2020 mindestens 50 Prozent der deutschen Unternehmen mit über 500 MitarbeiterInnen die UN-Leitprinzipien einhalten. Die Veröffentlichung des Berichts erreichte ein umfangreiches Presseecho. Sowohl von Politik als auch von Unternehmen hören wir, dass die Studie Debatten ausgelöst oder verstärkt hat. Im Moment sind wir dabei, mit einer ganzen Reihe von Gesprächen einerseits in den Fraktionen und Ministerien, andererseits mit betroffenen Unternehmen darauf zu drängen, dass unsere Empfehlungen umgesetzt werden, und die Umsetzungsbemühungen zu unterstützen.

Nationale Kontaktstelle als Beschwerdeinstanz für Betroffene stärken

Die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen bilden seit vielen Jahren einen Schwerpunkt der Arbeit des Teams Unternehmensverantwortung von Germanwatch. Im ersten Halbjahr 2017 bot sich im Rahmen des "Peer Reviews" die Möglichkeit, Veränderungen in der Struktur und Arbeitsweise der Nationalen Kontaktstelle (NKS) voranzutreiben. Denn allein die im NAP angekündigte strukturelle Änderung der NKS, die seit Ende Dezember als eigene Stabsstelle bei der Abteilungsleitung und nicht länger im Referat für Auslandsinvestitionen des Bundeswirtschaftsministeriums angesiedelt ist, reicht nicht aus, um den Interessenkonflikt zwischen Wirtschaftsförderung und unabhängigem Monitoring aus der Welt zu schaffen. Ansonsten wird die Öffentlichkeit weiter begründete Bedenken bezüglich der Handlungsfähigkeit und -willigkeit der Regierung bei der Umsetzung von Menschenrechten sowie Sozial- und Umweltstandards gegenüber Unternehmen haben. Deshalb haben wir im Peer Review die Forderung wiederholt, dass eine Art Aufsichtsinstanz ähnlich der britischen NKS erforderlich ist, um die deutsche NKS unabhängiger zu gestalten. Zudem haben wir sowohl im schriftlichen als auch im mündlichen Teil des Peer Reviews eine Reihe an prozeduralen Forderungen eingebracht und auch betont, dass das Instrument wirksamer werden muss, indem z. B. Unternehmen nur öffentliche Aufträge erhalten oder Außenwirtschaftsförderung in Anspruch nehmen können, wenn sie die OECD-Leitsätze einhalten.

Fairer Umgang mit Rohstoffen

Impulse für die nachhaltige Umsetzung von SDG 12 am Beispiel IT

VerbraucherInnen, Politik und Wirtschaft sind die drei zentralen AnsprechpartnerInnen bei der Umsetzung des SDG-Ziels 12 (Nachhaltige Produktions- und Konsummuster). Bereits das Produktdesign spielt eine Rolle, denn damit können Produkte schon in der Entstehungsphase mit

²⁹ www.germanwatch.org/de/13958

Blick auf Ressourcenschonung, Reparierbarkeit und eine möglichst lange Nutzungsdauer entwickelt werden. Schlechtes Produktdesign hingegen schränkt auch die Handlungsfähigkeit der VerbraucherInnen und anderer AkteurInnen der Kreislaufwirtschaft deutlich ein. Dagegen konnten wir uns in Workshops und Fachgesprächen zur Umsetzung der Ökodesign-Richtlinie aus dem Kreislaufwirtschaftspaket der EU einsetzen. Zudem haben wir u. a. mit der Ausgabe Nr. 1/2017 unserer Zeitung WEITBLICK anlässlich der Messe CeBIT die Herausforderungen thematisiert, die im Zusammenhang mit der zunehmenden Digitalisierung auf ökologischer, sozialer und menschenrechtlicher Ebene entstehen und bezüglich des drohenden massiven und zum Teil menschenrechtsrelevanten Ressourcenverbrauchs auch erste Lösungsvorschläge aufgezeigt.³⁰

Langlebigkeit von Produkten durch Reparatur stärken

Wiederverwendung und Reparatur sind in der Kreislaufwirtschaft wichtige Schritte, um die Lebensdauer von Geräten zu verlängern und so zur Ressourcenschonung beizutragen. Darüber hinaus trägt eine Stärkung der Reparatur nicht nur zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in Werkstätten bei, auch lokale zivilgesellschaftliche Strukturen wachsen in Initiativen wie Repair Cafés oder beispielsweise den “Fab Labs“. Letztere sind offene Werkstätten, die jedem Interessierten Zugang zu High-Tech-Werkzeugen wie 3D-Druckern oder Lasercuttern bieten. Die Arbeit von Germanwatch im Koordinierungskreis des “Runden Tisches Reparatur“³¹ zielt auf das Recht auf Reparatur für VerbraucherInnen ab. Mit diesem Netzwerk wollen wir Hersteller dazu verpflichten, Ersatzteile, Informationen und Werkzeuge allen zur Verfügung zu stellen, die reparieren wollen und können – zu fairen, reparaturförderlichen Preisen.

Umsetzung der EU-Regulation zur Bekämpfung von Konfliktfinanzierung

Auch die menschenrechtlichen und ökologischen Auswirkungen beim Abbau der Rohstoffe nehmen wir immer wieder in den Fokus und setzen uns für wirksame Rahmensetzungen ein. Mit anderen NGOs im Rahmen des Arbeitskreis Rohstoffe und über eine starke europäische Vernetzung konnte Germanwatch mit dazu beitragen, dass am 08.06.2017 die EU-Konfliktmineralienverordnung in Kraft getreten ist mit dem Ziel, Konfliktfinanzierungen weltweit einzudämmen. Zwar hat diese Verordnung Schwachstellen³², aber sie bietet Deutschland eine Grundlage für eine Weiterentwicklung durch ambitioniertere Begleitmaßnahmen.

Zivilgesellschaftliche Netzwerke stärken

Um Veränderungen hin zu einer global gerechten und menschenrechtsbasierten Wirtschaft zu bewirken, ist es aus unserer Sicht zentral, sich in Netzwerken zu engagieren, um gemeinsame Positionen zu entwickeln und an wirkungsvollen Hebeln auf internationaler, europäischer und deutscher Ebene gemeinsam anzusetzen.

Auf europäischer Ebene unterstützt Germanwatch daher seit vielen Jahren als Mitglied im Lenkungskreis der European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) den strategischen und inhaltlichen Austausch der 21 Mitgliedsorganisationen aus 15 Ländern zu verbindlicher Unternehmensverantwortung. Im Berichtszeitraum stand u. a. die Debatte um die Zukunft der EU auf der Agenda – beispielsweise mit dem „Szenario 6“ für die Zukunft der EU (siehe Kapitel A) Auf deutscher Ebene gibt es das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung mit mehr als 50 Mitgliedsorganisationen, in dem Germanwatch seit der Gründung im Koordinationskreis aktiv ist. Viele CorA-Mitgliedsorganisationen waren intensiv am Entstehungsprozess des Nationalen Aktionsplans für

³⁰ www.germanwatch.org/de/13613

³¹ www.runder-tisch-reparatur.de

³² www.germanwatch.org/de/13919

Wirtschaft und Menschenrechte der Bundesregierung beteiligt. Nach dessen Verabschiedung im Dezember 2016 hat Germanwatch Anfang 2017 die neue strukturelle und inhaltliche Ausrichtung des CorA-Netzwerkes sowie erste Vernetzungs- und Planungstreffen für neue Schwerpunktsetzungen angeregt sowie organisiert und entsprechende Debatten im Koordinationskreis und im Netzwerk vorangetrieben.

In Berlin wirkt Germanwatch im Rahmen der Berliner "Eine-Welt-Promotorenstelle für zukunftsfähiges Wirtschaften" im Berliner Landesnetzwerk der entwicklungspolitischen Organisationen mit, um auch auf regionaler Ebene Ansatzpunkte für eine gerechte Globalisierung zu identifizieren und zu stärken. Ein Schwerpunkt lag auch in diesem Jahr auf der Bildungsarbeit und dem Ziel, neue Zielgruppen anzusprechen. So erschien im Juni die türkisch- und bald auch arabisch-deutsche Informationsbroschüre "Check dein Handy!" rund um den nachhaltigen und bewussten Umgang mit Smartphones, die sich an BildungsmultiplikatorInnen für deutsch-, türkisch- und arabischsprachige junge Erwachsene richtet.³³



Ausblick

Im kommenden Jahr werden wir an viele Ziele und Aktivitäten aus dem zurückliegenden Berichtszeitraum anknüpfen. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen und in der kommenden Legislaturperiode werden wir uns dafür einsetzen, dass eine gesetzliche Rahmensetzung für Sorgfaltspflichten auch in Deutschland eingeführt wird. Für den Herbst 2017 planen wir zudem mit Brot für die

³³ www.germanwatch.org/de/check-dein-handy

Welt und Oxfam ein juristisches Fachgespräch mit JuristInnen aus Frankreich. Ziel ist es, den akademischen Diskurs zu diesem Thema zu intensivieren, von Frankreich zu lernen, das Anfang 2017 ein Gesetz zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten verabschiedet hat, und Unterstützung für unsere Forderungen zu generieren.

Die bereits bestehende Regelung zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Indikatoren werden wir in der Umsetzungsphase begleiten. Dazu wollen wir im kommenden Jahr ausgewählte Unternehmensberichte überprüfen.

Die Umsetzung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte wird auch weiterhin im Fokus stehen. Dabei werden wir uns im Rahmen der AG Wirtschaft und Menschenrechte des CSR-Forums für eine ambitionierte Umsetzung des Nationalen Aktionsplans einsetzen.

Im Themenbereich Ressourcenpolitik wollen wir insbesondere das Recht auf Reparatur in Deutschland vorantreiben. Bezüglich der Konfliktrohstoffverordnung setzen wir uns gemeinsam mit dem AK Rohstoffe für eine baldige Berichterstattung im Rahmen der Verordnung durch Unternehmen ein.

Mitarbeiterinnen



Cornelia Heydenreich
Teamleiterin



Johanna Kusch
Referentin für
Unternehmens-
verantwortung



Julia Otten
Referentin für zukunfts-
fähiges Wirtschaften in globalen
Lieferketten im Rahmen des
Berliner PromotorInnen-
Programms



Antonia Reichwein
(seit 05/2017)
Referentin für
Ressourcenpolitik
und IT-Branche



Johanna Sydow
Referentin für
Ressourcenpolitik
und IT-Branche



Franziska Wohltmann
(seit 03/2017)
Referentin für zukunfts-
fähiges Wirtschaften in globalen
Lieferketten im Rahmen des
Berliner PromotorInnen-
Programms

Mit Unterstützung von: Klaus Willke

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Jakob Hoffman, Theresa Nagy, Kirsten Strehl

Verantwortlich seitens des Vorstands: Silvie Kreibiehl, Klaus Milke, Michael Windfuhr, Ricarda Roos

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Auf dem Weg zu transformativer Bildung

Das Team Bildung für nachhaltige Entwicklung bereitet wichtige Germanwatch-Debatten und -Analysen für unterschiedliche Zielgruppen verständlich auf. Die Germanwatch-Bildungsarbeit bringt die notwendige Transformation durch die Verbindung von Wissen, Werten und Handlungsoptionen national und international voran. Sie entwickelt das Konzept Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) weiter, verbreitet es und unterstützt die strukturelle Verankerung. Im Zentrum der vielfältigen Bildungsaktivitäten steht der jeweilige Mensch in seinen jeweiligen Lebensumständen und Aktionsräumen. Ihm werden zielgruppenspezifische Informationen und Methoden zur Verfügung gestellt und gemeinsam werden Handlungsoptionen sowie Methoden der demokratisch-politischen Teilhabe und Einmischung erarbeitet.

Bildung für nachhaltige Entwicklung ist politische Bildung

Aus der entstandenen Begeisterung, der persönlichen Ansprache und Begegnung sowie dem vermittelten Wissen in unseren Bildungsangeboten entstehen Impulse zur Veränderung des eigenen Lebens sowie Anregungen, sich auf unterschiedlichen Ebenen einzumischen, von der Schul-AG bis zu den UN-Klimaverhandlungen. Durch unsere Materialien und Unterstützung erleben sich Lernende als BürgerInnen sowie GestalterInnen und werden zur Verantwortungsübernahme ermutigt. Sie kennen Ziele der sozial-ökologischen Transformation und machen sich auf den Weg, je ganz eigene Möglichkeiten und Formen hin zu mehr Nachhaltigkeit umzusetzen. Teilhabe an demokratischen Prozessen von der lokalen bis zur internationalen Ebene ist dabei möglich und wichtig. Fortsetzen konnten wir die zweimal jährlich stattfindenden Strategietage für (Jugend-)Gruppen, Verbände und Initiativen, diesmal zu den Themen Migration und Transformation sowie zur zukunftsfähigen Mobilität. Wir erarbeiteten mit engagierten Jugendlichen Anregungen, wie Gruppen und Verbände aktuelle Herausforderungen und Transformationsansätze aufgreifen können. Mit unserer Arbeit konnten wir vielfach Ängsten in der Gesellschaft, die oft zu Rückzug und Abgrenzung führen, als Alternative die Chancen der Transformation entgegenstellen. Wir versuchten, die Herausforderungen – mit Engagement und Lust – gemeinsam und vielfältig auszugestalten oder, um es mit den Worten der bemerkenswerten Enzyklika *Laudato Si'* von Papst Franziskus zu sagen: „Die Dringlichkeit und die Schönheit der Herausforderung zu erkennen“.

Impulse lokaler Initiativen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sichtbar machen

In vielen Bildungsveranstaltungen zur Umsetzung der 2030-Agenda mit den SDGs und des Klimaabkommens von Paris konnten wir die Relevanz von gelebter Nachhaltigkeit vor Ort aufzeigen und Menschen begeistern, in ihrem Leben und in den Strukturen, in denen sie aktiv sind, bleibende Nachhaltigkeitsimpulse zu setzen. Darunter u. a. eine zweitägige SDG-Schulung des hessischen Umweltministeriums und viele Einzelveranstaltungen. Der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat 2016 mit der Einrichtung von vier Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) begonnen. Germanwatch ist Konsortialpartner von RENN.west die für die Bundesländer Hessen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen zuständig ist. Über die Arbeit in RENN.west, die über Bildungsangebote unterstützten wir die Weiterentwicklung und Umsetzung der Neuauf-

lage der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016, vor allem unter dem Blickwinkel Politikkohärenz und Sichtbarkeit in der Arbeit der Parteien. In der Aufbauphase und in der NRW-Auftaktveranstaltung am 30.06.2017 im Münster-Carré in Bonn konnten innovative Impulse aus lokalen Initiativen diskutiert und Anregungen für die Weiterentwicklung von Nachhaltigkeitsstrategien und nachhaltiger Politik gezogen werden. Solche Impulse erwarten wir auch als Ergebnis unseres Engagements in der Netzwerkgruppe des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen (vzbv) zu Nachhaltigem Konsum, bei der Impulse aus lokalen Initiativen, wie etwa den Repair Cafés, oder wissenschaftlichen Untersuchungen für die VerbraucherInnen(bildungs)-arbeit und -politik zusammengetragen werden.

Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition

Bundesweit sind wir mit der Germanwatch Klima- und Rohstoffexpedition an Schulen präsent. Neben der eindrucksvollen Vermittlung der Herausforderungen unseres Rohstoffhungers und der sichtbaren Folgen des Klimawandels durch Satellitenbilder, werden Formen und Chancen transformativen Handelns mit SchülerInnen diskutiert und entwickelt. Mit unserem Projekt für sogenannte bildungsbenachteiligte Jugendliche wurde die Klima- und Rohstoffexpedition methodisch weiterentwickelt, u. a. mit spielerischen Klimabildungsmethoden. Wir konnten hiermit verstärkt an Haupt-, Förder-, Gesamt- und Berufsschulen präsent sein und an vielen Schulen dieses Angebot auch dauerhaft etablieren. Damit ist es uns gelungen, verstärkt mit unterschiedlichen sozialen Milieus in Kontakt und Dialog zu treten. Dies sowie die Vorbereitung auf den UN-Klimagipfel, der im November unter der Präsidentschaft von Fidschi in Bonn durchgeführt wird, stehen im Fokus der aktuellen Klima- und Rohstoffexpeditionen.

Menschen bilden und begeistern: NRW-Fachpromotoren Klima und Entwicklung

Mit Stefan Küper und Stefan Rostock unterstützen wir mit Beratung und Vernetzung die Arbeit der bundesweiten PromotorInnen in ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit. Wir beraten Gruppen und Initiativen bei der Konzeption von Veranstaltungen und bringen uns selbst mit Workshops und Vorträgen ein. So auf der Landeskonzferenz des Eine Welt Netzes NRW mit einem Workshop zu Klimaklagen mit Roda Verheyen, der Rechtsanwältin von Saúl Luciano Lliuya (Fall Huaraz/Peru), oder mit einem Input im Bildungszentrum Freising zu „Fluchtursachen Made in Europe“ und den Chancen einer globalen Dekarbonisierung – des Ausstiegs aus Kohle, Öl und Gas – für Frieden (Kampf um fossile Rohstoffe, Klimawandel als Risikoverstärker).

Stärkung der internationalen Zivilgesellschaft

Mit unseren Aktivitäten zu Klimabildung in Algerien, den bei uns für drei Monate eingesetzten Freiwilligen aus dem Konkreten Friedensdienst Reverse aus Indien, dem Senegal und Tansania und mit dem Start des ECL-Austauschprojektes („Empowerment for Climate Leadership“, mit 24 TeilnehmerInnen in der ersten Projektphase) gemeinsam mit dem Climate Action Network Tansania bringen wir uns in die Qualifizierung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen aus dem globalen Süden ein. Wir diskutieren Reaktionen auf die schwieriger werdenden Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement, Strategien für transformative Bildungsarbeit und schaffen Vernetzungen und Qualifizierung durch Austausch und Begegnung. Damit reagieren wir auch auf Tendenzen von Ausgrenzung und Abschottung und versuchen, die Stärke von (internationalen) Kooperationen aufzuzeigen.

Kulturelle Bildung – Save the World

Kulturelle Bildung ist ein wichtiger Baustein unserer Bildungsarbeit. Kulturelle Formate, die eine starke emotionale Ansprache besitzen und sich ihrer gesellschaftlichen und politischen Wirkung

bewusst sind, stellen für uns wichtige Verbündete dar, um Menschen zu ermutigen und zu befähigen, die Transformation kreativ, solidarisch und verantwortungsvoll mitzugestalten. So konnten wir u. a. auch im Oktober 2016 wieder Partner des Kunst- und Wissenscamps SAVE THE WORLD mit dem Theater Bonn sein.



Teilnehmende des Konkreten Friedensdienstes Reverse mit Stefan Rostock und Sophia Sipple, Juli 2017



Ausblick

Wir stehen in dem fortlaufenden Lern- und Erkenntnis- sowie Diskussionsprozess – intern und mit anderen – was Menschen und Gesellschaften antreibt, was Wandel ermöglicht und was ihn blockiert. Ziel wird weiter sein, demokratische Institutionen zu stärken und politische Partizipationsmöglichkeiten auszubauen, um so Rahmenbedingungen zu etablieren, die es erleichtern, Engagement als tatsächliche Handlungsoption mit Selbstwirksamkeitserfahrung zu vermitteln. Wir sind weiter offen für Fragen wie diese: Welche Formen des Engagements möchten und können wir unseren Zielgruppen wie vermitteln? Wie können wir diese weiterentwickeln und welche Ansätze sind wirklich transformativ?

Mit dem Konzept des Germanwatch Hand Prints³⁴ wollen wir verstärkt solche Formen des Engagements weiterentwickeln und fördern, die politische Partizipation stärken und im Kleinen und Großen strukturverändernd wirken. Dabei geht es um die Werkzeuge und die Praxis des Wandels, die Anwendung unserer individuellen Fähigkeiten sowie den Einsatz für die notwendigen Rahmenseetzungen, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten und andere mit ins Boot zu holen. Gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren wollen wir neue Lösungsmöglichkeiten reflektieren, diskutieren und weiterentwickeln. Konkret wird dies beim Klimagipfel COP23 u. a. mit dem Angebot der Germanwatch Klimaexpedition für Bonner Schulen und seiner Nachbereitung, den Kommentaren zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und dem Hinarbeiten auf einen sozialverträglichen ambitionierten Ausstieg aus der Kohleverstromung in Deutschland – einen Ausstieg, der sowohl die Perspektive der Menschen und Regionen berücksichtigt, die unter den Folgen des Klimawandels zu leiden haben, als auch derer, die vom anstehenden Strukturwandel betroffenen sind.

MitarbeiterInnen



Stefan Rostock
Teamleiter,
NRW-Fachpromotor für
Klima & Entwicklung



Daniela Baum
(seit 12/2016) Referentin
Bildung für nachhaltige
Entwicklung & Regionale
Netzstelle Nachhaltigkeits-
strategien West – RENN.west



Cornelius Dahm
(seit 03/2017)
Referent Bildung
für nachhaltige
Entwicklung



Nicole Bosquet
Referentin Bildung für
nachhaltige Entwick-
lung – Migration und
Transformation



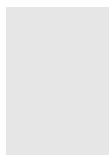
Melanie Gehenzig
Referentin Bildung für
nachhaltige Entwicklung



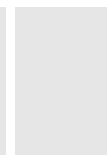
Alexander Reif
Referent Bildung
für nachhaltige
Entwicklung



Thalia Tattoni
(seit 07/2017)
Freiwilliges Soziales
Jahr im Politischen
Leben 2017/18



Thalia Tattoni
(seit 07/2017)
Freiwilliges Soziales
Jahr im Politischen
Leben 2017/18



Thalia Tattoni
(seit 07/2017)
Freiwilliges Soziales
Jahr im Politischen
Leben 2017/18

Mit Unterstützung von Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung), Anja Müting, Helene Pinsuwan

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gernhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Julia Engelhardt, Isabel Haase, Viktoria Henke, Svenja Holste, Sophia Sipple, Pauline Windler, Sonja Zerche

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

³⁴ www.germanwatch.org/handprint

Pressearbeit

Der "Fall Huaraz" vor dem Landgericht Essen, ein Konzernatlas zum Agrarsektor, eine Vielzahl von Interviews und Gastbeiträgen zu Donald Trumps Ankündigung, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten oder auch umfassend von Medien aufgegriffene Studien und Berichte zu Energiewirtschaft und Menschenrechten sowie zum Klimaschutz der G20 – Germanwatch hat im Berichtsjahr 2016-17 eine sehr vitale Rolle in der Medienberichterstattung gespielt. Zunehmend ist es uns gelungen, dabei auch mit eigenen Projekten und Anlässen Agendasetting zu betreiben und so gemeinwohlorientierte Themen mit Hilfe unserer strategischen Pressearbeit sowohl an MultiplikatorInnen in Politik und Wirtschaft, als auch an eine breite Öffentlichkeit zu tragen. Immer wieder sind wir dabei – zum Teil auch ungewöhnliche – Allianzen eingegangen. Zum Beispiel bei einem gemeinsamen Gastbeitrag zur CO₂-Bepreisung mit dem Forschungsinstitut MCC und dem BDI in der Wochenzeitung DIE ZEIT.³⁵ Insgesamt hat Germanwatch im Zeitraum von August 2016 bis August 2017 – zum Teil mit Partnern – insgesamt 92 und damit erneut mehr Pressemitteilungen als im Vorjahreszeitraum veröffentlicht.

Eine bei Germanwatch bisher nie erlebte Medienresonanz erfuhr die erste Verhandlung des Falls Saúl Luciano Lliuya gegen RWE am Landgericht Essen. Über diesen Präzedenzfall eines von Folgen des Klimawandels Bedrohten gegen einen Hauptverursacher – den wir seit dem Beginn mit Presse- und Öffentlichkeitsarbeit begleiten – berichteten fast alle großen deutschen TV-Sender (ARD, ZDF, WDR, RTL, Sat.1), zum Teil in den Hauptnachrichten (z. B. heute-journal) und mit längeren Hintergründen (z. B. ZDF-Morgenmagazin), sowie die meisten großen Radiosender sowie Online-Formate und Zeitungen (z. B. SZ, Tagesspiegel, FR, Die Welt, WAZ, HAZ, im Juni dieses Jahres auch DIE ZEIT im Dossier), darunter auch große internationale (z. B. New York Times, International Business Times).³⁶ Wir werden auch die Berufungsverhandlung vor dem OLG Hamm im November mit Medienarbeit begleiten.

Einen weiteren Höhepunkt unserer Presseaktivitäten bildete der G20-Gipfel 2017 in Hamburg. Hier gelang es uns schon im Vorfeld mit drei Studien (Allianz Klima- und Energiemonitor, Brown to Green-Report und G20-Klimaschutzindex) in Kooperation mit Partnern den Fokus auf die Klimathemen im G20-Prozess zu lenken. Dank unserer strategischen Pressearbeit schon im Vorfeld, wurde über alle drei Studien in Deutschland breit berichtet (z. B. Handelsblatt – u. a. auf der Titelseite – dpa, Süddeutsche Zeitung sowie Interviews und Talksendungen im Deutschlandfunk). Zudem platzierten wir eine Reihe von Gastbeiträgen im Vorfeld des G20-Gipfels³⁷. Während des Gipfels waren wir vor Ort gefragte AnsprechpartnerInnen der Medien für Hintergründe und Analysen. Über Germanwatch-Einschätzungen wurde u. a. bei tagesschau.de, dpa, FAZ, in mehreren Liveblogs großer Nachrichtenseiten wie Spiegel Online, sz.de und mehreren internationalen TV-, Radio- und Online-Medien berichtet. Zudem stellten wir schon kurz nach Ende des Gipfels JournalistInnen ein ausführliches Analysepapier zur Verfügung.³⁸

Zunehmend dürfen wir feststellen, dass wir von Medien in vielen Bereichen als kompetente AnsprechpartnerInnen kontaktiert werden – auch ohne dass wir selbst zuvor aktiv geworden wären. So fragten uns zum Beispiel bei Trumps Paris-Austrittsankündigung viele Medien an, ebenso immer wieder zu Themen wie Antibiotika in der Tiermast oder auch Menschenrechten in der Wirtschaft. Dies kann einerseits als Beleg für die hohe Qualität der Arbeit der Germanwatch-Teams und andererseits als Beleg für eine erfolgreiche strategische Pressearbeit gewertet werden. Diese wird nicht nur über Pressemitteilungen sondern auch über Gastbeiträge, Interviews und immer wieder

³⁵ www.zeit.de/2016/37/klimaschutz-co2-ausstoss-steuer-germanwatch-bdi

³⁶ Eine kleine Auswahl finden Sie unter der Medienresonanz: www.germanwatch.org/de/der-fall-huaraz

³⁷ U. a. Christoph Bals in ZEIT ONLINE: www.zeit.de/wirtschaft/2017-02/klimawandel-usa-rex-tillerson-g-20-konferenz-bonn

³⁸ www.germanwatch.org/de/14102

den direkten Kontakt zu großen überregionalen Medien betrieben. Gastbeiträge von Christoph Bals, Klaus Milke, Lutz Weischer und Jan Burck erschienen u. a. in DIE ZEIT, Frankfurter Rundschau, ZEIT Online und Tagesspiegel Online, aber auch in einigen Fachmagazinen und -portalen. Zudem gelingt, in Kooperation mit unserer Öffentlichkeitsarbeit, eine noch engere Verzahnung mit dem Einsatz sozialer Medien, insbesondere Twitter und Facebook. Auch dort erreichen wir immer mehr Menschen und geben Raum und Anstöße für Diskussionen.

Ausblick

Wir wollen auch im kommenden Berichtsjahr unsere strategische Pressearbeit weiter ausbauen und noch weiter verbessern. Zwei Höhepunkte werden sicher der UN-Klimagipfel in Bonn im November sowie die in der gleichen Zeit stattfindende Berufungsverhandlung von Saúl Luciano Lliuya vor dem OLG Hamm sein. Zudem stellt die Medienkrise eine besondere Herausforderung dar: Zum einen geht es um das Problem der abnehmenden Medienvielfalt, Rationalisierung und damit einhergehend oft steigender Arbeitsdruck in den Redaktionen. Es wird für viele JournalistInnen schwieriger, genügend Zeit für gute und tiefe Analysen aufzubringen und wir müssen prüfen, wie wir mit unserer Expertise oder auch Vermittlung von anderen ExpertInnen bzw. relevanten Akteuren noch besser und zielgenauer helfen können. Zum anderen geht es darum, dass sich insbesondere junge Menschen immer seltener über klassische Medien informieren. Gerade darum müssen wir auch die neueren Wege wie soziale Medien oder Blogs noch konsequenter gehen – nicht als Ersatz, aber als Ergänzung zur klassischen Pressearbeit.



Der "Fall Huaraz" vor dem Landgericht Essen – Saúl Luciano Lliuya gegen RWE – wurde von vielen nationalen und sogar internationalen Medien aufgegriffen und begleitet, November 2016

Mitarbeiter



Stefan Küper
Pressesprecher

Praktikant im Berichtszeitraum: Tobias Fischer

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit – über die Medienarbeit hinaus – zielgruppengerecht an eine informierte Öffentlichkeit zu vermitteln. Dies geht von der strategischen Kommunikationsplanung und deren Umsetzung bis hin zur Redaktion, Layout und Distribution. So wurden 2016 mehr als 120 Publikationen, Blog-Beiträge und Materialien konzipiert, gestaltet, redigiert und verteilt. Hinzu kommen noch über 150 Einzelmeldungen und Veranstaltungsankündigungen.

Weiterhin wurden wieder zahlreiche Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Mitglieder-Rundbrief EINBLICK, KlimaKompakt oder Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) herausgegeben und an eine wachsende Zahl von AbonnentInnen versandt (siehe Tabelle nächste Seite).

Einen immer größeren Stellenwert bekommen die Social-Media-Kanäle von Germanwatch zur Erreichung breiter und spezifischer Zielgruppen – von Medien bis hin zu Jugendlichen, die sich für Umweltthemen interessieren beziehungsweise engagieren möchten. Beispielsweise konnten anlässlich des deutschen und des globalen Erdüberlastungstages via Facebook und Twitter Hunderttausende erreicht und Zehntausende aktiviert werden.³⁹



Exemplarische Beispiele für die Produkte unserer Öffentlichkeitsarbeit. Von links nach rechts: "The Climate Change Performance Index 2017" (www.germanwatch.org/en/CCPI), "Wandel mit Hand und Fuß – Mit dem Germanwatch Hand Print den Wandel politisch wirksam gestalten" (www.germanwatch.org/de/12040), "WEITBLICK – Zeitung für eine global gerechte und zukunftsfähige Politik" (www.germanwatch.org/weitblick)

Wir danken allen AutorInnen, RedakteurInnen, GrafikerInnen, IllustratorInnen, ProgrammiererInnen, LayouterInnen, ÜbersetzerInnen und anderen DienstleisterInnen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

³⁹ Mehr zu den Erdüberlastungstagen: www.germanwatch.org/overshoot

Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen

	2017	2016	2015	2014
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	4 (3. Ausgabe erscheint im Sep., 4. Ausgabe im Nov.)	3	3	3
Weitblick-AbonnentInnen	14.414	14.166	13.946	13.601
KlimaKompakt-AbonnentInnen	7.983	7.608	7.281	6.802
Kurznachrichten-AbonnentInnen	3.135	2.605	2.184	1.455
Facebook	3.900 Likes	2.790 Likes	1.750 Likes	1.200 Likes

Stand: jeweils August des Berichtsjahres

Service

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt):
www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen/herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Aktiv werden (Termine, Petitionen, Tipps etc.): www.germanwatch.org/aktiv-werden

Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

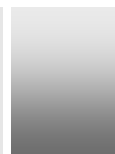
Twitter: www.twitter.com/Germanwatch

MitarbeiterInnen

Pascal Molinario
Teamleiter



Hanna Fuhrmann
(seit 07/2017)
Referentin für
Öffentlichkeitsarbeit
und Kommunikation



Valentin Pflieger
(seit 07/2017)
Freiwilliges Soziales Jahr
im Politischen Leben
2017/18

Mit Unterstützung von Daniela Baum, Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Praktikantin im Berichtszeitraum: Stella Marburg

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, PartnerInnen und Persönlichkeiten zusammen. Die Vernetzung ist wichtiger Teil unserer Arbeitsweise: Einerseits, weil wir viel durch die DialogpartnerInnen, ihre Kompetenz und Perspektive lernen. Andererseits, weil wir somit oft politische Forderungen unterstützen, die durch ein breites Bündnis von Organisationen getragen werden. Dadurch können wir viele Verstärkungseffekte für die gemeinwohlorientierten Ziele, für die wir uns einsetzen, erzielen. Wir können aber auch mit unserer Expertise andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-MitarbeiterInnen oder Vorstandsmitglieder bei folgenden Partnerorganisationen oder Plattformen inne:

Climate Action Network (CAN) | CAN Int. +++ CAN EU +++ CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung +++ CO2GeoNet +++ Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie) +++ European Coalition for Corporate Justice (ECCJ) +++ Global Climate Forum (GCF) +++ Klima-Allianz +++ Munich Climate Insurance Initiative (MCII) +++ Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe +++ Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) +++ Renewables Grid Initiative (RGI) +++ Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany) +++ Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken und Vereinen:

Agrarbündnis +++ Allianz für Weltoffenheit +++ Allianz "Rechtssicherheit für politische Willensbildung" +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Eine Welt Netzwerk Hamburg +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tckctck Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ TTIP unfairhandelbar +++ Transform+++ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

Arbeitsgruppen, Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch einzelne strategische Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Mehr als 30 ZustifterInnen haben inzwischen den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert. Die Stiftung steht seit 2015 für die Anwalts- und Gerichtskosten ein, die die Klimaschutzklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE verursacht. In den letzten Monaten hat die Stiftung zudem eine zentrale Rolle gespielt, um die Stiftungsplattform F20 zu initiieren – ein internationales Netzwerk von Stiftungen, welche die Umsetzung von ambitionierter Klimapolitik und eine Umsetzung der 2030-Agenda mit einem Fokus auf die G20-Länder voranbringen will.

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sogenannte nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle UnterstützerInnen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums die Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.germanwatch.org



www.stiftungzukunft.de



www.germanwatch.org/stiftung



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2016

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2016 betrugen 3.292.277,02 Euro (+4,0 % zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und im Zweckbetrieb macht mit 82,5 % den Großteil der zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Gegenüber 2015 sank der Umfang des "steuerbegünstigten Zweckbetriebs" um rund 11,0 %, der Anteil der Projekte im "steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb" um rund 4,0 %. Die Zuordnung zu den verschiedenen Vereinsbereichen erfolgt anhand formaler Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z. B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Bei den Mitgliedsbeiträgen gab es einen leichten Anstieg auf rund 79.864 Euro aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahl. Ein deutliches Plus können wir im Bereich der Spendeneinnahmen verzeichnen: Die nicht zweckgebundenen Spenden stiegen um 30,6 % auf rund 66.390 €. Auch bei den projektbezogenen Spenden gab es ein erhebliches Plus von 58,5 % – hier handelt es sich zu über 99 % um Projektgelder, die Germanwatch von der Barthel-Stiftung sowie von der Stiftung Zukunftsfähigkeit erhielt. Mitgliedsbeiträge, allgemeine (nicht projektbezogene) Spenden und die abermals in Höhe von 10.000 Euro erfolgte Programmförderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel und mit besonderer Wirkung einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine starke finanzielle Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden – hierzu zählen beispielsweise Aktivitäten, bei denen wir bei kurzfristigen Veränderungen im politischen Raum im Sinne unserer Ziele handlungsfähig sein wollen, ohne dass uns dafür Projektmittel zur Verfügung stehen.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, SpenderInnen, ZustifterInnen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz unserer MitarbeiterInnen, Freiwilligen und PraktikantInnen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2016 und Vergleich zu 2015 für den ideellen Bereich, die Vermögensverwaltung, den Zweckbetrieb und den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (im Folgenden abgekürzt als WGB)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)	2015	2016
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	75.075,26 €	79.863,67 €
2a. Spenden allgemein	50.841,52 €	66.389,68 €
2b. Spenden projektbezogen	97.415,44 €	154.418,77 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	2.031.705,47 €	2.156.681,81 €
5. Einnahmen CorA-Netzwerk	36.320,00 €	45.016,00 €
6. Sonstige Einnahmen	85.869,60 €	28.420,16 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
7. Einnahmen Zweckbetrieb	196.691,91 €	174.489,10 €
8. Einnahmen WGB	<u>500.769,12 €</u>	<u>479.471,77 €</u>
	<u>3.084.688,32 €</u>	<u>3.194.750,96 €</u>
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
9. Löhne und Gehälter	1.184.685,65 €	1.276.580,36 €
10. Soziale Abgaben	218.721,96 €	251.691,86 €
11. Fremdhonorare	439.566,99 €	428.798,93 €
12. Miete / Mietnebenkosten	89.979,13 €	98.408,13 €
13. Abgaben / Versicherungen	3.900,90 €	3.507,48 €
14. Beiträge	7.262,41 €	9.951,94 €
15. Reisekosten	146.971,61 €	142.420,37 €
16. Instandhaltungen und Kleingeräte	13.156,98 €	16.504,49 €
17. Abschreibungen	14.682,02 €	11.472,42 €
18. Porto	26.969,87 €	30.308,77 €
19. Telefon / Internet	10.753,32 €	11.040,58 €
20. Kopier- und Faxkosten	15.502,80 €	15.388,65 €
21. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	135.467,74 €	91.555,53 €
22. externe Projektarbeit ideell	64.739,45 €	46.459,50 €
23. CorA-Netzwerk	37.948,29 €	45.380,09 €
24. Bürobedarf	4.543,72 €	4.387,49 €
25. Bücher und Zeitschriften	2.768,21 €	2.718,70 €
26. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	17.784,91 €	17.664,63 €
27. Sonstiges	11.034,73 €	11.544,33 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
28. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	180.829,33 €	164.144,43 €
29. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	<u>423.388,89 €</u>	<u>458.379,34 €</u>
	<u>3.050.658,91 €</u>	<u>3.138.308,02 €</u>
C. Laufendes Ergebnis	34.029,41 €	56.442,94 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
30. Zinseinnahmen	1.577,80 €	1.498,43 €
31. Miet- und Pachterträge	93.653,91 €	96.027,63 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
32. Nebenkosten des Geldverkehrs	-903,80 €	-1.104,57 €
33. Anteilige Miete für Untermieter	-93.654,00 €	-95.334,72 €
F. Ertragsteuerneutrale Posten	-24.319,12 €	-5.795,61 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	10.384,20 €	51.734,10 €
Gesamtergebnis 2016		
	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>
Ideeller Bereich	2.540.790,09 €	2.515.784,25 €
Ertragsteuerneutrale Posten	- €	5.795,61 €
Vermögensverwaltung	97.526,06 €	96.439,29 €
Zweckbetrieb	174.489,10 €	164.144,43 €
WGB	479.471,77 €	458.379,34 €
Summe	<u>3.292.277,02 €</u>	<u>3.240.542,92 €</u>

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015

Verbandszuschüsse	2015	2016
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.....	213.042,67	212.029,19
European Climate Foundation (ECF).....	213.022,53	194.149,90
Stiftung Mercator.....	132.575,04	152.724,96
Misereor.....	45.742,36	66.161,29
Munich Climate Insurance Initiative (MCII) / GIZ.....	7.408,82	53.201,49
Eine-Welt-Netz NRW.....	42.000,00	45.750,00
Renewables Grid Initiative.....	62.500,00	44.000,00
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).....	61.716,87	40.784,24
Humboldt-Viadrina Governance Platform.....	0,00	38.456,95
Wallace Global Fund II.....	0,00	27.124,04
Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW.....	0,00	24.676,54
Climate Works Foundation.....	9.756,95	13.743,19
Stiftung Zukunftsfähigkeit e.V.....	0,00	10.000,00
Alexander von Humboldt Stiftung.....	0,00	6.000,00
Toyota Stiftung.....	6.000,00	0,00
Heinrich-Böll-Stiftung.....	6.000,00	0,00
BINGO - Die Umweltlotterie.....	5.682,50	0,00
Sonstige.....	15.117,34	17.353,04
	820.565,08	946.154,83

Davon wurden in 2016 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 199.641,12 einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse von Behörden	2015	2016
Bundesministerium f. Umwelt, Naturschutz, Bau u. Reaktorsicherheit (BMUB) ..	369.940,91	487.125,50
Bundesministerium f. wirtschaftl. Zusammenarbeit u. Entwicklung (BMZ)	419.917,12	442.010,58
Bundesministerium f. Umwelt, Naturschutz, Bau u. Reaktorsicherheit (BMUB)		
über Umweltbundesamt (UBA).....	194.063,92	73.027,02
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).....	79.307,19	120.785,96
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit und BMZ über		
Stiftung Nord-Süd-Brücken.....	40.956,41	48.998,23
Europäische Kommission (über Uni Genua).....	20.182,95	20.714,25
Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW.....	0,00	15.931,16
Europäische Kommission (über Renewables Grid Initiative).....	42.872,84	0,00
Auswärtiges Amt (über Bundesverwaltungsamt).....	23.763,00	0,00
Stadt Bonn.....	1.249,95	0,00
Sonstige.....	20.136,05	1.934,28
	1.212.390,34	1.210.526,98

Davon wurden in 2016 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 40.983,99 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015

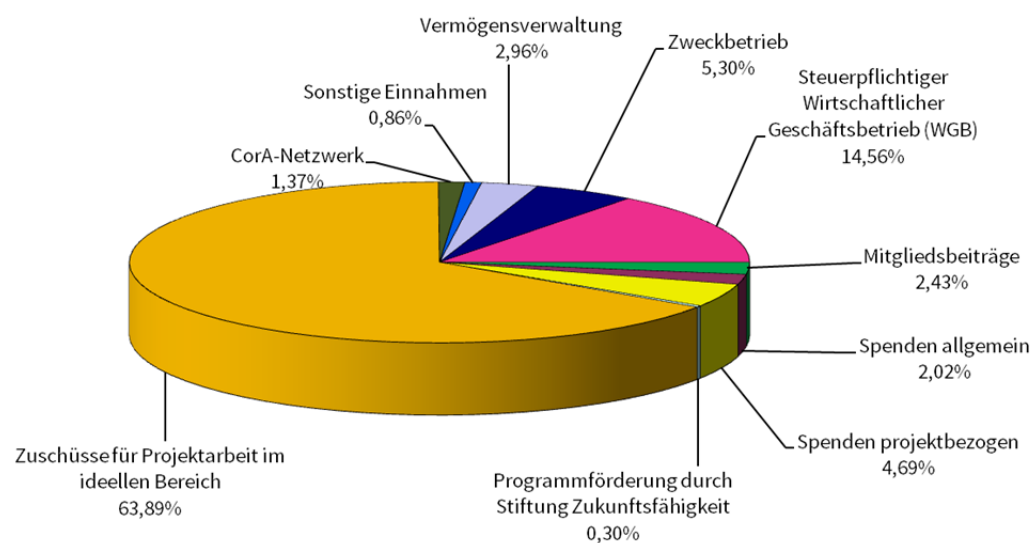
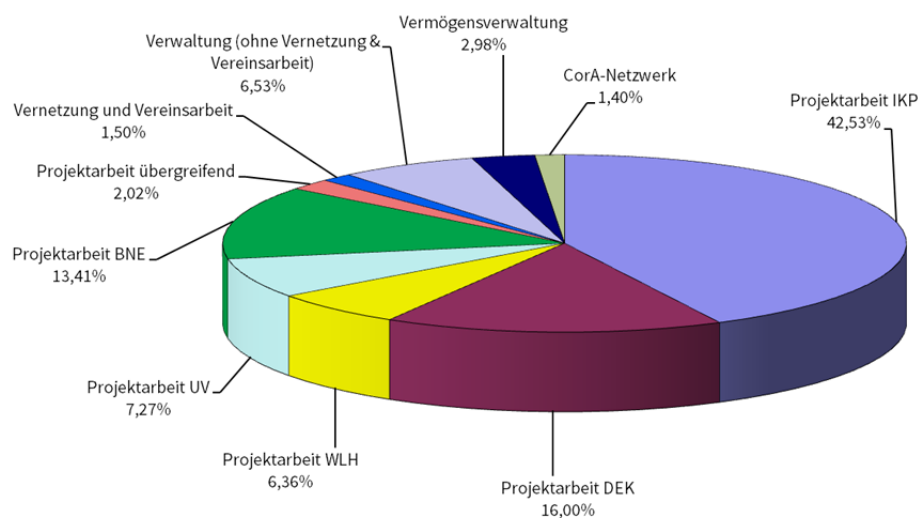
Zweckbetrieb	2015	2016
Lightcycle.....	54.200,00	44.450,00
Humboldt-Viadrina Governance Platform.....	24.538,65	19.081,20
Land Rheinland-Pfalz, Forstverwaltung.....	8.580,00	24.820,95
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst.....	12.619,28	18.927,51
Einnahmen aus Schulveranstaltungen.....	15.495,00	17.835,00
Global Climate Forum.....	19.000,00	9.500,00
Atmosfair.....	5.250,00	9.420,00
Misereor.....	0,00	7.943,93
Stadt München, Referat für Bildung und Sport.....	4.600,00	7.360,00
Ministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz, Saarland.....	9.666,00	0,00
Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, Sachsen.....	8.132,30	0,00
Munich Climate Insurance Initiative (MCII).....	23.828,16	0,00
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.....	4.672,90	0,00
Sonstige Einnahmen.....	4.171,90	15.150,51
	194.754,19	174.489,10

Davon wurden in 2016 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 11.217,98 einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im WGB im Jahr 2016 im Vergleich zu 2015

Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	2015	2016
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	383.936,93	418.594,58
European Climate Foundation (ECF)	0,00	16.016,85
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	0,00	13.231,44
New Climate Institute	92.393,48	7.280,00
Die Grünen / Europäische Freie Allianz	0,00	6.722,69
Greenpeace	0,00	5.000,00
Allianz Investment Management SE	5.000,00	510,00
Öko-Institut	4.000,00	0,00
Sonstige Einnahmen	3.554,84	12.116,21
	488.885,25	479.471,77

Davon wurden in 2016 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von € 25.976,39 einkommensneutral behandelt.

**Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2016****Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2016 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche**

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Verwendung der Einnahmen nach Tätigkeitsbereichen. Mit einem Umfang von 2.838.429,96 €, der 87,6 % der Gesamtausgaben entspricht, entfällt der weitaus größte Bereich der Arbeit von Germanwatch auf Projektarbeit, die sich unseren fünf politischen Teams unmittelbar zuordnen lässt: Internationale Klimapolitik (42,6 % der gesamten Ausgaben), Deutsche und EU-Klimapolitik (16,1 %), Bildung für nachhaltige Entwicklung (13,4 %), Unternehmensverantwortung (7,3 %) und Welternährung, Landnutzung und Handel (6,4 %).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil nach wie vor die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen 1.771.314,93 Euro (entspricht knapp 40 % der Gesamtausgaben) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Unsere Arbeit soll vor allem den besonders verletzlichen Menschen, insbesondere im globalen Süden, zu Gute kommen – hierfür konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur mit einem höheren Anteil eigener Personalkosten als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, die z. B. Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland finanzieren. Bei den Personalkosten gab es gegenüber dem Vorjahr einen leichten Anstieg – dieser war primär durch mehr Projektaktivitäten und dem damit verbundenen größeren Aufwand von hauptamtlichen MitarbeiterInnen begründet.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2016 weist einen Gewinn in Höhe von 51.734,10 Euro auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Dies ist Ausdruck davon, dass die Anstrengungen von Germanwatch, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, in 2016 wieder zum Erfolg geführt haben und uns ermöglichen, den absoluten Umfang der Rücklage weiter auszubauen. Zum einen können wir so wichtige Signale für höhere Arbeitsplatzsicherheit an die MitarbeiterInnen geben, deren kontinuierliche Mitarbeit ein zentraler Erfolgsfaktor für unsere Wirksamkeit ist. Zum anderen ist angesichts des Gesamtbudgets auch ein erheblicher Liquiditätspuffer zwingend erforderlich, um in bestimmten Projekten, in denen Geldgeber Zahlungen erst rückwirkend leisten, in Vorleistung treten zu können.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Der Jahresabschluss für 2016 wurde von der Reinhardt & Weckbecker Steuerberatungsgesellschaft mbH in enger Zusammenarbeit mit Germanwatch erstellt. Das Ergebnis sowie die Unterlagen 2016 wurden durch die von der Mitgliederversammlung gewählten KassenprüferInnen Ute Zander und Jürgen Daamen am 22.06.2017 im Bonner Büro geprüft und führte erneut zu keinen Beanstandungen. Laut Anlage 1 zum Bescheid für 2015 über Körperschaftssteuer vom 22.12.2016 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im

Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftsteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab E.3: Bilanz 31.12.2016 und Vergleich zum 31.12.2015

AKTIVA		<u>2015</u>	<u>2016</u>
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	3.350,50 €	2.350,00 €
	2. Büroeinrichtung.....	2.433,50 €	1.835,50 €
	3. Computeranlagen	16.947,00 €	15.731,00 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke.....	25.562,00 €	22.367,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung.....	13.681,00 €	10.213,00 €
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter.....	- €	- €
	6. GWG Sammelposten.....	3,00 €	3,00 €
		61.977,00 €	52.499,50 €
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Sonstige Ausleihungen.....	40.834,60 €	40.840,04 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	191.994,39 €	437.590,47 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	32.546,08 €	243.223,87 €
	3. Flüssige Mittel.....	706.095,45 €	362.939,33 €
		930.635,92 €	1.043.753,67 €
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</u>	1.200,00 €	255,00 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	1.034.647,52 €	1.137.348,21 €
PASSIVA			
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 3 AO	382.931,23 €	434.665,33 €
	b) Posten gem § 62 Abs. 1 Nr. 1 AO	150.963,79 €	150.963,79 €
		533.895,02 €	585.629,12 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	14.250,08 €	14.250,08 €
	Sonstige Rückstellungen	5.000,00 €	6.000,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten.....	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen.....	110.733,30 €	256.034,21 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten.....	31.168,84 €	28.097,93 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	332.888,02 €	240.625,11 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	1.034.647,52 €	1.137.348,71 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2016:		
	Vermögen des Vereins 2015.....	533.895,02 €	
	Jahresüberschuss 2016	51.734,10 €	
	Vermögen des Vereins 2016.....	585.629,12 €	

MitarbeiterInnen

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

 <p>Ljiljana Djuric Sekretariat und Projektassistenz Büro Berlin</p>	 <p>Carolin Becher (ab 12/2016) Finanzreferentin</p>	 <p>Ulrike Koll Finanzreferentin</p>
 <p>Lisa Meier Finanzreferentin</p>	 <p>Andrea Taubert Sekretariat und Projektassistenz Büro Bonn</p>	 <p>Heike Zbick Finanzreferentin</p>

Mit Unterstützung von Judit Mays sowie unseren Freiwilligen Insa Ahlers (FÖJ 2016/17), Marc Beckmann (FSJ-P 2016/17), Sarah Klingenberg (FÖJ 2016/17), Thea Uhlich (FSJ-P 2016/17), Niklas Clement (FSJ-P 2017/18), Marie Flatow (FSJ-P 2017/18), Valentin Pfleger (FSJ-P 2017/18), Thalia Tattoni (FSJ-P 2017/18)

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter
www.germanwatch.org
oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D- 53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D- 10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.